

Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Schulausschusses

(zu TOP 1 gemeinsam mit dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss)

Sitzungsdatum: 13. November 2012

Sitzungsort: Hamburg, im Haus der Patriotischen Gesellschaft,
Trostbrücke 6, Hamburg, Reimarus-Saal

Sitzungsdauer: 17:09 Uhr bis 20:14 Uhr

Vorsitz: Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU) für den Schulausschuss
(bis 19:06 Uhr)

Abg. Robert Heinemann (CDU) (i. V.) für den Schulausschuss
(ab 19:06 Uhr)

Abg. Gunnar Eisold (SPD) für den Familien-, Kinder- und
Jugendausschuss

Schriftführung: Abg. Lars Holster (SPD) für den Schulausschuss

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP) (i. V.) für den
Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

Sachbearbeitung: Michael Giß

Tagesordnung:

1. GBS
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der
Hamburgischen Bürgerschaft)
- zusammen mit

- Drs. 20/2501 **Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) in Hamburg
(Große Anfrage Fraktion DIE LINKE)**
- Der Schulausschuss ist federführend, der Familien-, Kinder- und
Jugendausschuss ist mitberatend. -
- hier: öffentliche Anhörung gem. § 59 Absatz 1 der Geschäftsordnung
der Hamburgischen Bürgerschaft gem. Beschluss vom 14.02.2012
2. Drs. 20/5434 **Haushaltsplan 2011/2012: Nachbewilligungen nach § 33
Landeshaushaltsordnung (LHO) und Änderungen im Haushaltsjahr
2012
(Antrag Senat)**
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Schulausschuss und
weitere Fachausschüsse sind mitberatend. -
3. Drs. 20/5435 **Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 nach § 32
Landeshaushaltsordnung
(Antrag Senat)**
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Schulausschuss und
weitere Fachausschüsse sind mitberatend. -
4. **Verschiedenes**

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder des Schulausschusses

Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Jan-Hinrich Fock (SPD)
Abg. Ulrike Hanneken-Deckert (SPD)
Abg. Robert Heinemann (CDU)
Abg. Dora Heyenn (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Lars Holster (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Andrea Rugbarth (SPD)
Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU)
Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter des Schulausschusses

Abg. Barbara Duden (SPD)

III. Ausschussmitglieder des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Gunnar Eisold (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Dr. Melanie Leonhard (SPD)
Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU)
Abg. Frank Schmitt (SPD)

IV. Ständige Vertreterinnen und Vertreter des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

Abg. Carola Veit (SPD)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

V. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr Senator Ties Rabe
Herr Staatsrat Dr. Michael Voges
Herr SD Norbert Rosenboom
Frau Oberschulrätin Susanne Danke
Frau Ltd. Oberschulrätin Susanne Schwier
Herr Wiss. Angestellter Uwe Gaul
Herr Wiss. Angestellter Jens Oldenburg
Herr LRD Andreas Gleim
Herr LRD Dr. Christoph Bohlen
Frau Wiss. Angestellte Nicole Schuback
Herr Regierungsamtmann Matthias Bierkarre

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Herr Wiss. Ang. Dr. Dirk Bange

VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Sabine Dinse
Michael Giß

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

ca. 100 Personen

Zu TOP 1

Vorsitzender des Schulausschusses (nachfolgend Vorsitzender): Guten Abend, sehr geehrte Damen und Herren. Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer Sitzung des Schulausschusses gemeinsam mit dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu dieser öffentlichen Anhörung heute. Ich freue mich, dass so viele Hamburgerinnen und Hamburger auch gekommen sind, obwohl Sie so furchtbar weit weg sitzen, aber das ist wohl der Tisch- und Tagesordnung hier geschuldet. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich also insbesondere Sie, liebe Hamburgerinnen und Hamburger und eventuell Kinder, begrüßen auch. – Frau Dr. von Berg, ja.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ich möchte gleich gern etwas vor Eintritt in die Tagesordnung sagen. Soll ich das jetzt tun oder ...?

Vorsitzender: Gerne.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, ich möchte gerne etwas sagen zum Zustandekommen dieses Termins. Das fand ich nicht angemessen, und zwar haben wir uns – das kann man auch im Protokoll des Schulausschusses nachlesen –, haben wir uns am 15. Oktober darauf geeinigt, dass wir uns einvernehmlich mit dem Familienausschuss auf diesen Termin einigen. Soweit ich das überblicken kann, ist es dann so gewesen, dass Herr Eisold vor vollendete Tatsachen gestellt wurde und ich von der Einladung zum Beispiel per Facebook erfahren habe. Ich finde, das ist nicht ein Vorgehen, wie ich es mir vorstelle bei der Leitung eines Schulausschusses auch mit dem Zustandekommen der Sitzung zusammen mit dem Familienausschuss. Und ich würde mir wünschen, dass in der Zukunft das tatsächlich einvernehmlich mit allen Obleuten geklärt wird, denn nicht umsonst habe ich heute niemanden hier zum Beispiel an meiner Seite sitzen, weil einfach nicht gefragt wurde.

Vorsitzender: Vielen Dank für den Hinweis. Dazu als Erläuterung, wir hatten über den Termin lange gesprochen. Ich habe dann, um einen gemeinsamen Termin zu finden, mit Herrn Eisold korrespondiert und wir sind gemeinsam dann davon ausgegangen, dass die Obleute jeweils einbezogen waren. Wenn das nicht passiert ist, tut es mir leid, aber ich denke, es ist ja auch ein Termin der öffentlichen Anhörung, das heißt, die Fragen und Anregungen der Hamburgerinnen und Hamburger für den Ausschuss – es wird ein Wortprotokoll geben. Und noch zusätzlich wichtiger als der persönliche Eindruck, den wir heute haben, ist dann natürlich die abschließende Beratung aufgrund des Wortprotokolls. Also, ich glaube, dass auch Ihren Kolleginnen und Kollegen, die jetzt heute nicht da sind, nicht jetzt die Möglichkeit der Mitarbeit abgeschnitten ist dadurch.

Gibt es sonst weitere Anmerkungen zur Tischordnung? Sind alle damit einverstanden, dass Herr Senator Rabe und die Senatsvertreter einen persönlichen Eindruck bekommen von den Anregungen? Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen. Dann belassen wir das so. Dann vorab noch die Frage, ich schlage ... – Noch eine Wortmeldung, ja.

Abg. Gerhard Lein: Im Prinzip wollte ich für eine Ausschusssitzung nur fragen. Der Ausschuss hat ja den Senat als Gegenüber und das Publikum. Im Prinzip verwundert mich das. Ich wollte nur gerne klären, wer hat so eine Sitzordnung festgelegt?

Vorsitzender: Wer hat die Sitzordnung festgelegt? – Herr Giß, eine Auskunft dazu?

(Zuruf)

– Also auf Wunsch von Herrn Senator Rabe. Können Sie damit leben? Wir sind die Herren des Verfahrens, also es ist unsere Sitzung.

Abg. Gerhard Lein: Ich habe ja nur gefragt, wer das gewünscht hat, und der Ausschussvorsitzende hat es scheinbar festgelegt. Wir haben ja nachher noch internen Ausschuss. Da können wir darüber diskutieren. Das müssen wir nicht coram publico machen.

Vorsitzender: In Ordnung. Gut, dann belassen wir es bei dieser Sitzordnung jetzt und ich rege an, ein Wortprotokoll zu machen.

(Zuruf)

– Allseits Einverständnis. Dann haben wir in jedem Fall ein Wortprotokoll für den Tagesordnungspunkt 1. Und ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 1 auf und stelle für das Protokoll gleich noch einmal fest, dass die Sitzordnung mit der Sitzrichtung der Senatsvertreter zum Publikum auf Wunsch des Senators so gewählt worden ist.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, ...

Vorsitzender des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Herr Dr. Scheuerl, ich muss noch etwas ...

Vorsitzender: Herr Eisold, bitte.

Vorsitzender des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Noch eine Formalie, die wir vorher noch mal kurz festlegen müssen. Frau von Treuenfels ist heute FDP-Vertreterin und hat deshalb erfreulicherweise zugesagt, Herrn Finn-Ole Ritter zu vertreten als Schriftführer und würde für den Familienausschuss dann heute diese Aufgabe übernehmen.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Heinemann.

Abg. Robert Heinemann: Auf die Gefahr hin, dass es albern wird, aber das eine möchte ich jetzt doch nicht hier stehen lassen. Also, ich finde vernünftig, wenn der Senator sich dem Publikum zuwendet. Wenn die SPD das nicht gut findet, möge die SPD das bitte bilateral in sich klären, wem jetzt der Senator den Rücken zukehren soll, aber, also, die CDU hat jedenfalls nichts dagegen, dass der SPD-Senator sich dem Publikum zuwendet.

Vorsitzender: Vielen Dank.

Dann eine kurze Erläuterung für alle von Ihnen, die noch nicht bei einer öffentlichen Anhörung waren. Sinn und Anlass dieser öffentlichen Anhörung ist, dass Sie als Betroffene, Fachleute, Experten aus der Stadt, aus den Ganztagschulen, aus den GBS-Schulen Ihre

Anmerkungen, Fragen, Anregungen uns vortragen können. Das wird aufgezeichnet, ins Protokoll aufgenommen und wir können dann in der nächsten Sitzung die Dinge ausführlich beraten. Im Prinzip ist es ja so, wir haben ja eine Gewaltenteilung in Hamburg, das heißt, Sie als Hamburgerinnen und Hamburger haben ein Parlament gewählt. Das Parlament hat diesen Schulausschuss eingesetzt. Wir sind sozusagen der Gesetzgeber. Herr Senator Rabe vertritt die Administrative, die die Gesetze ausführen soll. Und die Idee ist im Prinzip der öffentlichen Anhörung, alles, was Sie an Verbesserungsvorschlägen oder an Dingen aufzeigen, wo Sie meinen, es läuft vielleicht etwas schief, kann eben Anlass sein, in dieser Arbeit des Ausschusses dazu beizutragen, dass die Bürgerschaft die Dinge aufnimmt und zur Optimierung, zur Verbesserung oder zum Abstellen von Fehlern beiträgt. Vielleicht ist es auch so, dass Herr Senator Rabe Dinge gleich aufgreifen kann und etwas optimieren kann. Warten wir es ab. Für alle die ist es wichtig, dass Sie uns Ihre Wortmeldungen – Sie können die, das sind diese kleinen DIN-A5-Zettel, bei Herrn Giß, bei der Bürgerschaftskanzlei, und bei Frau Dinse in Empfang nehmen –, dass Sie die kurz ausfüllen mit Vor- und Zunamen, vielleicht ein kurzes Stichwort dazu, worum es Ihnen besonders geht, und ich rufe Sie dann einzeln auf. Es ist nicht so, falls Sie das erwarten, dass der Senator oder wir jetzt gleich auf Ihre Fragen antworten, sondern Ihre Anmerkungen und Wünsche werden eben zu Protokoll genommen, damit wir dann in der nächsten Sitzung darüber abschließend beraten können.

Vorsitzender des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Würden Sie dann den Hinweis an die Medienvertreter geben?

Vorsitzender: Auch dies für die Medienvertreter. Wir hatten jetzt anfangs Zeit, die fünf Minuten, zehn Minuten zu fotografieren. Während der eigentlichen Ausschusssitzung dann bitte keine weiteren Ton-, Film- oder Bildaufnahmen mehr. Vielen Dank.

Gut, dann starten wir. Ich habe hier einen Stapel vonzetteln und rufe jetzt einfach der Reihe nach auf. Wie gesagt, wenn sich zwischendurch Fragen ergeben, holen Sie sich gerne so einen Zettel, melden Sie sich zu Wort. Wir freuen uns darauf. Als Erste habe ich Frau Gabriele Ellerbeck auf dem Zettel. – Frau Ellerbeck bitte. Treten Sie einfach in die Mitte ans Mikrofon und dann frei heraus.

Frau Gabriele Ellerbeck: Frei heraus, ja. Also, ich bin Gabriele Ellerbeck und ich habe vier Kinder, die sind 15, 13, elf und der Jüngste bald acht. Thore, der Jüngste, geht in die Grundschule Lutterothschule und ist damit tatsächlich ein Betroffener der GBS. Ich bin ausgesprochen unzufrieden mit der Durchführung der GBS. Meine anderen Kinder waren in verschiedenen Horteinrichtungen und sind dort immer sehr gut und sehr individuell betreut worden und an der GBS fehlt es mir einfach an Qualität. Einmal geht es natürlich um Räumlichkeiten. Das ist, glaube ich, ein Thema, was allen bekannt ist, aber ich meine, wir stecken wirklich unglaublich viele Kinder in Einrichtungen, die räumlich überhaupt nicht ausgestattet sind. Inzwischen können die Kinder in der Lutterothschule in roten Containern essen. Eine Zeit lang haben sie in Wintermänteln in so einer zugigen Aula gesessen und gegessen und im ersten Jahr war es halt in Klassenräumen. Nun werden ja relativ viele Grundschulen umgestellt und ich denke, es ist nicht gut, wenn Kinder eben in so schlechten Räumlichkeiten nachmittags aufgehoben sind. Wir sprechen hier ja von Vorschülern und von Grundschulkindern, das heißt, wirklich kleine Kinder, die ja mit fünf Stunden Grundschule schon ordentlich was zu tun haben. Und wenn dann eben so eine ... Betreuung und Raumsituation ist, finde ich das wirklich schlecht. Grundsätzlich, sage ich mal, ist es vielleicht nett, dass viele Kinder betreut werden und dass viele nachmittags vielleicht angeregt werden, aber da muss man natürlich auch eine qualitative pädagogische Betreuung sicherstellen, wo ich mich dann frage, wer kontrolliert diese pädagogische Betreuung. Wir haben nun ganz akut eben einen Fall, dass Thore in Händen eines nicht so guten Erziehers ist und wir wirklich echte Probleme damit haben. Und den Hort habe ich angesprochen beziehungsweise die GBS und das wurde eben immer alles zur Seite gewischt und erst, als ich dann gesagt habe, ich werde das jetzt auf öffentlichere Beine stellen, bewegt sich etwas. Also, ich frage mich einfach, wer kontrolliert diese Einrichtung, wer ist zum Beispiel, ja, wer

ist verantwortlich, wer ist Ansprechpartner. Ich habe dann zwar ein offenes Ohr bei der Direktorin gefunden, aber ich denke, da muss irgendwie mehr Klarheit rein.

Das nächste Problem ist, dass wir vorher eben immer Kita-Gutscheine beantragt haben, und da wurde eben berücksichtigt, wie viel Kinder hat man, wie viel Einkommen. Und wir sind jetzt so dieser klassische Fall, wir fallen durch das Raster und wir zahlen jetzt für die kostenlose, in Anführungszeichen, Betreuung monatlich deutlich mehr Geld als vorher für die Hortbetreuung. Sie schütteln mit dem Kopf, aber es ist tatsächlich so. Ich kann Ihnen ja die Kita-Gutscheine zeigen. Dann ist ja umgestellt – nein, es ist kein Blödsinn –, es ist dann eben umgestellt worden zu Beginn des Schuljahrs, dass man zu Beginn, also, bevor die Sommerferien beginnen, überlegen muss, wie viel Betreuungszeit brauche ich für das gesamte nächste Schuljahr. Und das ist einfach extrem unflexibel, weil, ich muss natürlich ... Ja, wir arbeiten beide, mein Mann und ich, wir haben einfach vier Kinder. Da muss man einfach gucken, wann kriegt man frei. Ich arbeite in einer kleinen Firma. Ich bekomme manchmal den Urlaub eine Woche vorher genehmigt und ich muss für ein gesamtes Schuljahr planen, wann ich Ferienbetreuung brauche. Und danach richtet sich ja auch der Betrag, den ich monatlich jetzt neu zu zahlen habe. Das finde ich irgendwie auch nicht wirklich so ganz gelungen. Dann bucht man eben jetzt die Ferien immer wochenweise und das finde ich auch, ich finde, für uns ist es eine deutliche Verschlechterung zu dem, wie es früher war. So, das waren, ich sage mal so, wesentliche Punkte. Es gibt sicherlich noch mehr, also, aber ich denke, so erst mal reicht das. Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Ellerbeck. – Ganz generell der Hinweis, wie es so ist. Wir sind ein parlamentarisches Gremium und da heißt es immer, dass von Missfallens- und Beifallskundgebungen doch möglichst Abstand zu nehmen sei. Ich sage das jetzt nur eingangs. Das ist überhaupt keine Kritik. Nur, ich möchte es als Vorsitzender erwähnt haben. Und noch zum Verfahren, also, es kann sich jemand, wenn Ihnen jetzt noch was einfällt – hier stand noch ein weiteres Stichwort auf dem Zettel nämlich –, Sie können sich auch zweimal zu Wort melden, wenn im Laufe der Sitzung noch Themen aufkommen. Also, vielen Dank, Frau Ellerbeck. Als Nächstes habe ich Frau Karin Jessen auf der Liste. – Frau Jessen, bitte.

Frau Karin Jessen: Karin Jessen. Ich bin Schulleiterin einer Grundschule, einer offenen Ganztagsgrundschule, und Vorsitzende des Ganztagsschulverbandes hier in Hamburg. Ich stelle jetzt keine Frage oder ich mache keine Anmerkung zur Benachteiligung von GTS-Schulen gegenüber GBS. Das spare ich mir jetzt. Das wird wahrscheinlich erwartet, mache ich, kommt vielleicht später. Ich habe eine ganz harmlose Anmerkung. Es geht mir um Verpflegung und ich benutze extra das Wort Verpflegung und nicht Mittagessen. Es geht darum, dass die Kinder jetzt benachteiligt sind, dass es jetzt einfach eine gewisse Verpflegung in den Schulen, in den GBS-Schulen und in den GTS-Schulen nicht gibt. Wenn man nämlich davon ausgeht, dass ein Kind unter Umständen von sechs Uhr morgens, das wäre das Maximale, bis 18 Uhr einfach in einer Schule anwesend ist, dann kann man nicht immer nur vom Mittagessen sprechen, sondern dann muss eine andere Verpflegung her. Ich weiß, dass das Geld kostet, aber trotzdem würde ich gerne mal hören, ob da was geplant ist und wie es weitergehen soll.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Jessen. – Herr Roberto Lehmann, bitte.

Herr Roberto Lehmann: Mein Name ist schon erwähnt worden, mehr muss man, glaube ich, nicht wissen. Meine Frage richtet sich an die Kooperation zwischen Schule und freien Trägern. Ich hätte gern, dass der Ausschuss mir die Formulierung „auf Augenhöhe“ genau ausformuliert beziehungsweise benennt und dann die Frage: Wer hat das Sagen, so will ich es mal formulieren, wenn Aktivitäten in den Räumen der Kooperationspartner, Vereine, Sportvereine oder wer auch immer dann die Nachmittagsbetreuung auch anbietet, wer hat

dann das Sagen in den Räumen während der GBS? Ja, das ist alles. Danke. Vielen Dank.
– Nicht verstanden? Soll ich es noch mal anders formulieren? Wer das Sagen hat, was stattfindet. Wer ...

(Zuruf)

Ja. In den Räumen der Kooperationspartner, in dem Sportverein, wer das dann, wer was anbieten darf, wie viel, wer der Betreuer ist und diese ganzen Dinge. Sie wissen, was dann alles angeboten werden muss und wer dann die Aufsicht hat und all diese Dinge. Bin ich verstanden worden jetzt? – Das ist aber nett. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Lehmann. Herr Stefan Kauder oder Kander. – Herr Kauder, bitte.

Herr Stefan Kauder: Ja, Kauder ist richtig, Stefan Kauder, Grundschulverband, und ich spreche für die Landesgruppe Hamburg. Eine Anmerkung: Der Grundschulverband begrüßt ausdrücklich die Entwicklung in Hamburg. Wir finden, das ist ein mutiger Schritt. GBS und GTS bildet die Vielfalt an Bedarfen und Bedürfnissen in dieser Stadt ab. Und der Weg, der eingeschlagen ist, ist ein richtiger und ein mutiger, auch wenn der Grundschulverband die voll gebundene Ganztagschule als Ziel der Ganztagschulentwicklung sieht, aber wir haben ja noch ein paar Jahre Zeit bis dahin. So ein Weg muss natürlich kritisch begleitet werden und deshalb zwei Anmerkungen von meiner Seite aus. Die erste Anmerkung, die betrifft die Ferienbetreuung. Wir haben Rückmeldung aus Mitgliedsschulen, die Modell- und Pilotstandorte sind, die uns rückmelden, dass es noch Schwierigkeiten bei den organisatorischen Rahmenbedingungen gibt, sowohl GBS als auch GTS. Denn die Personaldecke ist ja da recht dünn gestrickt und auch Erzieher werden in den Ferien krank und dann ist es schwierig, für eine Vertretungssituation im Moment zu sorgen. Da gibt es auf jeden Fall noch Nachsteuerungsbedarf, sowohl personell als auch in den organisatorischen Rahmenbedingungen. Zweite Bemerkung zu den Bürozeiten. Wir haben ja ein neues und sehr komplexes Antragsverfahren. Und die Schulbüros brauchen unbedingt eine zusätzliche Ressource, um die Eltern bei diesem Antragsverfahren zu begleiten und zu beraten. Das ist im Moment nicht vorhanden. Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Kauder. – Herr Kay Bauer, bitte.

Herr Kay Bauer: Ja, guten Abend, mein Name ist Bauer. Ich habe zum Thema Grundschulen etwas zu sagen. Ich selber habe im Laufe meines Lebens sehr viele Kinder- und Jugendgruppen geleitet und bin eigentlich recht gut ausgebildet in der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen eben. Deswegen weiß ich einiges über die Entwicklung von Kindern. Und was mich entsetzt, besonders in den Grundschulen oder die Ergebnisse auf den Grundschulen von den letzten drei Jahren, ist, dass ich feststelle, dass Kinder im Alter von neun und zehn, elf oder so zwölf Jahren nicht lesen können. Und ich rede nicht von Einzelfällen. Das stelle ich einfach fest. Ich weiß zwar, dass die Lehrkräfte an unseren Schulen nur mit den Kindern so arbeiten können, wie sie von den Eltern in den ersten Lebensjahren vorbereitet werden. Ist mir völlig klar. Und aus dem Grunde, Herr Rabe, möchte ich Sie speziell ansprechen. Vor einem Jahr waren Sie zu Gast im, früher hieß das Gymnasium Billstedt, Kurt-Körper-Gymnasium. Und ich hatte Ihnen den Vorschlag gemacht, bei der Einschulung der Erstklässler, wo eigentlich Sie alle Eltern erreichen können oder fast alle Eltern, dort den Eltern eine DVD entweder zu zeigen oder sogar auszuhändigen über die Entwicklung von Kindern. Das heißt, Kinder zum Beispiel im Alter von fünf bis sieben Jahren, ist die Zeit oder der Zeitraum, in dem sie am leichtesten lesen und schreiben lernen können. Und Eltern müssen heutzutage wissen, dass solche Phasen existieren, und ich stelle zwei Dinge fest. Das eine ist die politische Seite, sage ich gleich noch was dazu, und das andere ist eben die private Seite, dass Eltern zwar PlayStation, Xbox und wie die ganzen Geräte alle heißen in den Kinderzimmern haben. Wir sagen, Zehnjährige und Elfjährige, das eine Mädchen ist, glaube ich, acht sogar, die gucken sich abends „CSI“ an. Ja, von 20:15 Uhr bis

21:15 Uhr, glaube ich, läuft das oder so. Und da wundert man sich, dass die Kinder nicht richtig lesen und schreiben lernen, aber das muss man den Eltern sagen.

(Zuruf)

– Wie bitte?

(Zuruf: Mein Sohn kann trotzdem lesen und schreiben!)

– Okay. Gut.

Ich sage nur das, was ich feststelle, und dass es genau bei diesen Kindern so der Fall ist. Wenn ich ihnen Bücher gebe, manchmal habe ich es versucht, dann habe ich, weiß nicht, gibt es bei TEDi, Ein-Euro-Laden, gibt es „Winnetou 1“, die können das nicht lesen. Die lesen das nicht. Das fasziniert sie nicht. Sie sind gelangweilt. Alles, was nicht per Videobild den Kindern vorgetragen wird, nehmen sie kaum noch auf. Die Lehrkräfte unter uns hier wissen etwa, glaube ich, wovon ich spreche. Ihnen fällt es enorm schwer, die Kinder zu faszinieren. Das ist der eine Teil, was die Eltern angeht. Herr Rabe, diese DVD, ich lege sie Ihnen noch einmal aufs Herz, dass Sie so was tatsächlich über die Schulorganisationen den Eltern mitgeben.

Das Zweite ist, ich bin entsetzt über das, was in den letzten drei Jahren, wie gesagt, im Hamburger Schulsystem gelaufen ist. Damals gab es diese Anhörung ähnlicher Art hier in der Handwerkskammer und Frau Goetsch war damals noch die Schulsenatorin. Ich habe ihr empfohlen damals, nachdem ich das grob gelesen hatte, dieses ganze neue Schulkonzept, dieses Schulgesetz nicht in die Hamburger Bürgerschaft einzubringen. Sie hat es doch getan. Ergebnis wissen wir, wissen auch, dass die Primarschule nicht offiziell gekommen ist. Ich stelle aber fest, dass sie schleichend über die Organisationen eingeführt wird. Ja, damals wurde immer, wurde geworben dafür mit „Länger gemeinsam lernen“. Es ging gar nicht um „länger“ und „gemeinsam“. Es ging darum, den Vierjahresstoff auf sechs Jahre aufzudehnen, damit auch die Schwächsten wirklich doch langsam mal in die Richtung kommen, dass man im Alter von zwölf Jahren dann vielleicht doch endlich mal lesen kann. Das ist das, was wir heute haben, und das Ergebnis ist so furchtbar, dass Schüler, das sagen mir auch Eltern, ihre Kinder mögen nicht mehr zur Schule gehen mit der Aussage: „Da lerne ich doch sowieso nichts.“ Vielen Dank fürs Zuhören.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Bauer. – Als Nächstes habe ich Frau Lührs, Ganztagschulverband, Schulleiterin, bitte.

Frau Martina Lührs: Ja, genau, Lührs, Schulleiterin Schule Charlottenburger Straße, Ganztagschulverband. Das kann ich zum Glück, muss ich ehrlich sagen, nicht unterschreiben. Also, unsere Schüler können alle lesen und schreiben, jedenfalls ganz bestimmt ab dem neunten Lebensjahr.

Ich möchte einerseits Herrn Kauder noch mal bekräftigen. Die Ressource für die Ferienbetreuung ist nicht auskömmlich. Wir sind seit zwei Jahren auch Modellschule und wir stellen fest, dass wir wirklich mit den Ressourcen nicht auskommen. Also, da muss dringend nachgesteuert werden, insbesondere weil bei der Zuweisung der Stunden nicht bedacht worden ist, dass Erzieher auch Anrechnungsstunden haben, dass man das also nicht einfach so die Stunden einfach als Erzieherstellen dann übernehmen kann, sondern die Erzieher haben ja auch noch Anrechnungs- und Besprechungszeiten und so weiter. Das wurde da nicht beachtet. Deswegen sind die Erzieherstunden einfach nicht genug und außerdem braucht man eine größere Vertretungsreserve. Ich möchte außerdem das, was Frau Jessen angedeutet hat, noch einmal kurz ausführen. Ich denke, als GTS braucht man auch die gleichen, also ähnliche Ressourcen wie die GBS-Schulen, insbesondere Kooperationszeiten. Man braucht auch Zeiten für Implementierung und vor allen Dingen

auch Zeiten für die Leitung. Es ist nämlich sehr viel Arbeit, eine Ganztagschule zu leiten und ja. Als Letztes möchte ich noch auf die Inklusion eingehen. Also, da stellen wir auch fest, dass die Ressource, die für die Nachmittagsbetreuung da vorgesehen ist, viel zu knapp ist. Okay.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Lührs. Herr Carsten, ich lese es als Lemming.

(Herr Carsten Temming: Temming!)

– Temming. – Herr Carsten Temming, bitte.

Herr Carsten Temming: Ja, Carsten Temming, auch vom Ganztagsschulverband. Ich habe eine Frage, was die weiterführenden Schulen betrifft, zwar ganz konkret die Stadtteilschulen und die Gymnasien. Wir haben in den Grundschulen eine Sozialstaffelung beim Mittagessen. Das haben wir an den weiterführenden Schulen nicht. Wir haben konkret Rückmeldungen von Schulen innerhalb unseres Verbandes, dass sich Elternteile das Essen für ihre Kinder nicht leisten können. Der Preis von 3,50 Euro übersteigt oftmals das Budget von den Eltern. Meine Frage ist also, wann können wir damit rechnen, dass wir auch eine Sozialstaffelung beim Mittagessen für die weiterführenden Schulen erhalten.

Des Weiteren eine weitere Frage bezüglich der Vertretungsreserven. Innerhalb der Ganztagschulen nach Rahmenkonzept ist an den Grundschulen eine zusätzliche Vertretungsreserve vorgesehen. Diese Reserve haben die Stadtteilschulen nicht. Da würde mich interessieren, wann kann man damit rechnen, dass diese Ressource aufgestockt wird. Denn wenn die Verbindung zwischen Vormittag und Nachmittag nicht gedeckt ist, kann eine Verlässlichkeit nicht gegeben sein.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Temming. Haben wir noch weitere Wortmeldungen?
– Vielen Dank. Frau Andrea Alpen, Stadtteilschule, steht hier. – Frau Alpen, bitte.

Frau Andrea Alpen: Andrea Alpen, Stadtteilschule Blankenese, Büroleitung. Ich würde gerne noch mal darauf hinweisen, dass die Schulbüros, dass meine Kolleginnen in eine Lohngruppe E 5 eingruppiert sind, mit dem Hinweis, dass beratende Tätigkeiten nicht vorgesehen sind. Diese Ganztagsbetreuung setzt voraus, dass in den Schulbüros die Eltern konkret beraten werden. Ich möchte bitten, dass noch mal drüber nachgedacht wird, ob nicht irgendwann mal auch in den Schulbüros eine andere Eingruppierung möglich ist. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Alpen. Da es im Moment keine weiteren Wortmeldungen – doch, da kommt noch eine. Ich weise schon jetzt alle Teilnehmer darauf hin, dass die Anhörung beendet ist, wenn sich niemand mehr zu Wort meldet, und im Moment gehen die Meldungen spärlich ein. Also, wenn Sie noch Anmerkungen, Wünsche, Anregungen haben, jetzt ist der Moment. Die Wortmeldungszettel gibt es, wie gesagt, hier vorne links, von Ihnen aus gesehen rechts bei den beiden Vertretern der Kanzlei. Frau Evelyn Grellmus habe ich hier als Nächste auf der Liste. – Frau Grellmus, bitte.

Frau Evelyn Grollmus: Grollmus, aber ist egal. Ich habe einmal was zum Thema Schulverpflegung. Mein Sohn wird im nächsten Jahr in die GBS an der Hinsbleek-Schule in Poppenbüttel gehen und seit ungefähr einem Jahr sind wir dort in dem Gremium damit beschäftigt mit dem Thema Schulverpflegung. Und ich lese immer mit sehr viel Freude, Herr Rabe, wenn Sie jetzt im Rahmen der neuen Aktion, dass man eine Produktionsküche gewinnen kann, auch noch mal wieder betonen, wie wichtig Ihnen das Thema Schulverpflegung ist und auch die Qualität in Schulverpflegung, und muss dann aber immer mit Entsetzen feststellen, dass mein Sohn leider an dieser Grundschule bis 2014 irgendwie in Provisorien über einen Caterer verpflegt werden wird. Das bedeutet, dass er eine Schulverpflegung von einer Qualität erhält, wo ernährungswissenschaftlich nichts mehr an

Gesundem drin ist, sondern die Karotte, die dann seit fünf Stunden warmgehalten wird, hat noch Kohlenhydrate und Fette. Das finde ich besonders beängstigend aufgrund der Tatsache, dass mein Sohn ein Integrationskind ist und behindert und gerade im Bereich Ernährung wir immer dabei sind, uns irgendwie damit auseinanderzusetzen. Und ich würde bitten, dringendst bitten, gerade dieses Thema wirklich in der Agenda ganz nach vorne zu nehmen und ernsthaft, auch wenn die Kosten vielleicht da nicht einschätzbar sind, darüber nachzudenken, dass es eigentlich grundsätzlich Standard sein muss, für alle Schulen eine Produktionsküche einzurichten, wo gemeinschaftlich gekocht wird, wo Schüler und Lehrer und Personal beteiligt werden können, weil, die Zukunft – das sagen Sie ja auch selber – wird so sein, dass Lernorte und Lebensorte an Schulen miteinander verbunden werden. Und wenn wir Lernorte und Lebensorte miteinander verbinden, dann kann es nicht nur sein, dass Kinder in der Mittagszeit irgendwann in einer Essenszeit sich an irgendeinem Tresen irgendein Essen holen, das dann in einer Gruppe von 90 Kindern zu sich nehmen und anschließend irgendwie ihren Nachmittag verbringen, sondern dann muss es zumindest so sein, dass Eltern auch da das Gefühl haben, dass sie Entlastung erleben und mit gutem Gewissen ihre Kinder in einer offenen Ganztagschule beherbergen lassen. Auch wenn es freiwillig ist, so glaube ich doch, es so verstanden zu haben, dass Sie trotz der Freiwilligkeit sehr dafür plädieren, dass Eltern dieses Angebot annehmen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Grollmus. – Frau Lili Gries, bitte, als Nächste.

Frau Lili Gries: Schönen guten Tag, ich bin Mutter, ich habe drei kleine Kinder, die sind noch gar nicht in der Schule. Ich bin neulich eingeladen worden zum Viereinhalbjährigen-Gespräch in die Schule Kleiner Kielort. Die Einladung kam zeitgleich mit der Anfrage meiner Kindergartenleitung. Die fragte, wie es mit der Hortversorgung weitergeht, denn der Kleine Kielort hatte bei unserem Kindergarten angefragt, ob die Kinder weiter in den Hort gehen können würden, denn in den kommenden drei bis vier Jahren werden die Turnhalle, die Aula und die Mensa umgebaut und die erwarten 170 Kinder, die dort essen sollen, und ich frage mich: Wo?

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Gries. – Herr Ralf Glauch, Caritasverband.

Herr Ralf Glauch: Richtig. Ja, ich bin Ralf Glauch vom Caritasverband und ich möchte noch mal hier in dem Schulausschuss sagen, dass es ja eine Richtlinie gibt, die entwickelt wurde ganz, ganz kurz vor den Sommerferien, die bedeutet, dass die Umsetzung des Landesrahmenvertrags GBS, den wir ja intensiv zwei Jahre lang beraten und entwickelt haben, doch für die Schulen in freier Trägerschaft völlig anders ausgestaltet, obwohl eigentlich eine Präambel vorsieht, dass Schulen in freier Trägerschaft genauso behandelt werden sollen. Wir haben das auch schon öfter kommuniziert, aber es gelingt nach wie vor nicht, diese Richtlinie, sage ich mal, so zu verändern oder abzuschaffen, dass Schulen in freier Trägerschaft in das GBS-Modell starten können. Und das bedeutet auf Dauer eine Benachteiligung von unzähligen Kindern in Hamburg, die nämlich an ihrer Schule gerne auch das ganztägige Angebot in Anspruch nehmen würden wollen, aber das nicht können, weil die Schulen das nicht einrichten können, weil sie keine Kooperationspartner finden, weil die Kooperationspartner aufgrund dieser Richtlinie nicht bereit sein können, den Vertrag über Kooperation zu unterschreiben. Und ich würde gerne anregen, dass da noch mal ein bisschen Energie reinkommt und dass wir da eine vernünftige Lösung finden. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Jörg Gröndahl, bitte, vom LEA.

Herr Jörg Gröndahl: Guten Tag, Jörg Gröndahl vom Landeselternausschuss für Kindertagesbetreuung. Mein Anliegen ist eigentlich das gleiche wie vor ungefähr einem Jahr. Wir haben diverse Kritikpunkte und auch Verbesserungsvorschläge den Behörden zukommen lassen, wie man das System vernünftig ausgestalten könnte, dass die Kinder nicht im Übergang jetzt verloren gehen. Leider ist von allen Anregungen – ja, es findet sich in der Umsetzung vor Ort nichts wieder. Fast nichts. Es gibt ein bis zwei Punkte, die verändert

wurden, aber es passiert nichts. Es gibt Schulen, die haben keine Räume, es gibt Schulen, die haben keine Kantinen, Eltern werden nicht mitgenommen, Informationen kommen nicht an Schulen an und damit auch nicht bei den Eltern an. Vielleicht sollten Sie an der Umsetzung Ihrer Reformen ein bisschen sorgfältiger arbeiten. Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Gröndahl. – Herr Kay Bauer noch einmal, bitte.

Herr Kay Bauer: Ja, ich möchte noch mal ergänzen zu dem, was mein Vorsprecher eben gerade sagte. Für mich ist dies gesamte Schulkonzept damals, was Frau Goetsch angeschoben hat, so ähnlich durchdacht und konzeptioniert wie der Berlin-Brandenburger Flughafen. Ich selber habe jahrelang im Projektmanagement gearbeitet und wenn man das nicht vernünftig durchstrukturiert und genau einzelne Schritte weiß, wann was verfügbar ist, dann funktioniert es hinterher nicht. Und genau die gleiche Geschichte habe ich hier auch, das Gefühl, dass damals die GRÜNEN unbedingt ihr Ding da durchhaben wollten und das Ergebnis müssen heute die Kinder, und das über mehrere Jahre, und die Familien entsprechend ausbaden.

Was ich aber noch sagen wollte, ist zum Thema Inklusion. Damals sagte eine Teilnehmerin auch, in der Handwerkskammer war das, normale Kinder entwickeln sich sowieso und machen Karriere. Wir müssen uns um die Schwächsten kümmern. Und ich glaube, das ist das, was GRÜNE und Rote, ich sage mal, in der Politik nur noch vor den Augen haben, die Schwächsten, die Schwächsten, die Schwächsten. Und normale Kinder, ja, Moment, fallen hinten runter. Ich möchte noch mal zu den Schwachen kommen. Nachbarsjunge, Sprachheilschule. Heute ist er 22 Jahre alt. Diese Sprachheilschule hat ihm damals sehr geholfen. Er war die ganzen Grundschuljahre, ich glaube, drei Grundschuljahre war er dort, und hatte ..., von seinen anfänglichen Stotter- und Schwierigkeiten, die er hatte, ist nichts nachgeblieben, studiert heute, wirklich ein guter junger Mann. Ein anderer Nachbarsjunge, heute zwölf Jahre alt, hat bei der Geburt Sauerstoffmangel gehabt. Er kann sich Dinge schlecht merken, sein Erinnerungsvermögen ist eingeschränkt. Er kam auf eine Regelschule, weil das ja dann hieß – ich glaube, vor zwei Jahren war das schon –, weil es ja hieß, wir können jetzt auch die Kinder aus Förderschulen an die Regelschulen anbinden. In der Klasse wurde er dann ganz schnell gemobbt, weil die anderen Schüler merkten, wieso, haben wir doch gerade drüber gesprochen, und jetzt stellst du so eine Frage. Der wollte nicht mehr zur Schule gehen und fing an zu weinen und den haben sie wieder auf der Förderschule angemeldet. Dieses Inklusionskonzept, wie es heute durchgezogen werden soll – Herr Rabe, Sie müssen das ausbaden, was Frau Goetsch angefangen hat, muss ich leider sagen –, ist so nicht machbar, weil es an den Menschen vorbeigeht, an den jungen Menschen, an den Kindern in unserer Gesellschaft. Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Bauer. – Herr Christian Martens oder Marten.

Herr Christian Martens: Ja, Christian Martens, ich bin Vater von zwei Kindern an der Grundschule, erste und dritte Klasse, und ich wollte was zum Thema Räumlichkeiten sagen, gerade vor dem Hintergrund, dass die Behörde jetzt überlegt, den Raumbedarf pro Kind weiter zu reduzieren. Ich halte das für eine problematische Entscheidung, vor allem wenn man sich überlegt, dass wir mehr differenzieren wollen, vor allem wenn man sich überlegt, dass wir halt eine Nachmittagsbetreuung einrichten wollen. Ich kann es durchaus verstehen, dass es Geld kostet mit den Räumen, aber Räume sind, wie gesagt, der dritte Pädagoge und ich möchte dafür plädieren, beim Thema Raum umzusteuern und mehr Räume zu schaffen für Ganztagschulen. Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Ise König. – Bitte, Frau König.

Frau Ise König: Ja, guten Tag, ich bin Erzieherin in der Integration seit 22 Jahren, arbeite wahnsinnig gerne in diesem Bereich und freue mich sehr, dass wir jetzt dieses ganze Schulkonzept haben und auch weiter ausbauen können, würde mir aber ganz dringend

wünschen, dass in der Nachmittagsbetreuung auch eine Gruppenfrequenz eingeführt wird. Denn es kann nicht sein, wenn wir schwerstbehinderte Kinder vormittags mit betreuen, die in die Nachmittagsbetreuung gehen, dass da zum Teil 28, 29 Kinder von zwei Erziehern betreut werden. Das kann nicht sein. Und ich würde mir auch wünschen, dass wir mehr Zeiten für die Kooperation mit den Erziehern am Nachmittag bekommen, die dringend notwendig ist, damit wir erfolgreich arbeiten können. Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau König. – Frau Ellerbeck noch einmal.

Frau Gabriele Ellerbeck: Ich wollte noch einmal fragen, mit welcher Ausbildung, mit welchem Berufsabschluss denn Leute nachmittags in der GBS arbeiten. Im Moment stellt sich das mir so dar, dass es einen oder eine ausgebildete Erzieherin gibt und das andere sind studentische Aushilfen oder, ja, studentische Kräfte. Und aktuell in unserer Gruppe ist es so, dass an fünf Tagen drei verschiedene studentische Kräfte eben die Gruppe mit betreuen, und das ist, finde ich, nicht ganz so gut. Und natürlich gibt es ganz sicher ein Problem, weil, wir haben auf der einen Seite die Krippen ausgebaut, wo natürlich Erzieher gebunden werden, und auf der anderen Seite bauen wir jetzt die GBS aus, die natürlich viel oder großen Personalbedarf hat, aber irgendwie scheint es da eben wirklich dann an guten Mitarbeitern zu mangeln. Und was eben mir natürlich auffällt aufgrund meiner Geschichte, ist, dass durch die GBS jetzt eine Art Monopolstellung entstanden ist, die eben, wenn die Betreuung nicht gut ist, wir eben nicht mehr einfach wechseln können. Also, nicht dass wir das vorher gemacht haben, aber es gibt einfach keine Möglichkeit mehr. Ist man an dieser Schule und man braucht Nachmittagsbetreuung, muss man dort einfach irgendwie bleiben, und das ist, wenn man als Eltern einen hohen Anspruch hat, etwas frustrierend, dass man einfach dem so ein bisschen ausgeliefert ist. Und wir haben tatsächlich überlegt, ob wir unser Kind zu einem Schlüsselkind machen, einfach weil es schlecht läuft, und das kann irgendwie nicht sein. Wir hatten eine gute Betreuung in dem Stadtteil und jetzt wird es schlechter und das, finde ich, muss man einfach bedenken, dass eine Monopolstellung entstanden ist, der man nicht wirklich ausweichen kann.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Ellerbeck. – Herr Lehmann, Herr Roberto Lehmann, bitte, noch einmal.

Herr Roberto Lehmann: Noch mal eine Frage zu Kooperationen, und zwar zwischen Schule und Caterer. Gibt es noch Caterer, die für das regelhafte Mittagessen Bargeld verlangen, und wenn, an welcher Schule und ab wann gilt der Kooperationsvertrag, dass Caterer nur das Mittagessen anbieten dürfen, wenn sie bargeldlosen Verkehr haben? Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Lehmann. Haben wir noch weitere Wortmeldungen? – Herr Martin Peters, bitte, vom PARITÄTISCHEN Verband Hamburg.

Herr Martin Peters: Guten Abend, wir vertreten ja eine ganze Reihe von Mitgliedsorganisationen, die in GBS und GTS tätig sind. Mir geht es neben den Punkten, die gerade genannt worden sind, um einen besonderen Punkt, nämlich die gewollte Kooperation in Hamburg, gewollte Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe. Das ist, glaube ich, eine besondere Herausforderung und gleichzeitig eine besondere Qualität, die wir in Hamburg anstreben. Zwei Anmerkungen zu diesem Punkt. Es ist schwer vermittelbar, warum wir sozusagen die Kinder, denen wir neben der Schule gerne auch den Sozialraum öffnen möchten mit den Angeboten, gleichzeitig in eine Situation schicken, wo gezielt Angebote des Sozialraums der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurückgefahren werden durch den gleichen Senat. Das macht wenig Sinn. Wir erhöhen Fallzahlen in den Schulen, die sind erheblich. Gleichzeitig verringern wir das Angebot rund um die Schule. Das ist relativ widersinnig.

Der andere Punkt, da würde ich gern den Punkt der Kollegen des Ganztagsschulverbandes aufnehmen. Wir wünschen uns die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule in allen Hamburger Ganztagsschulen, weil wir eine besondere Kompetenz und einen besonderen Sachverstand auch im Bereich der Jugendhilfe sehen. Im Bereich der GTS machen wir einfach jetzt die Feststellung, dass das schlechterdings nicht möglich ist. Die dort zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen lassen es nicht zu, dass ein Jugendhilfeträger Erzieher anstellen kann, sodass die Stunden, die sie hätten, wenn sie selbst Anstellungsträger wären, als Schulleitung bei ihnen ankommen. Es fehlen jegliche Intendanzkosten, es fehlt Fachberatung, es fehlt Anleitung. Wenn politisch gewollt ist, dass in dieser Stadt zwei Systeme sich verschränken, und fachlich kann das nur gewollt und gewünscht sein, dann ist der Bereich der GTS nach Drucksache so auszustatten, wie wir den Bereich GBS nach Landesrahmenvertrag ausgestattet haben. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Wenn das nicht der Fall ist, dann schließe ich die öffentliche Anhörung hiermit. Vielen Dank fürs Kommen. Frage – ja, ich wollte noch ohnehin jetzt in den Ausschuss geben. Es war jetzt eine überschaubare Anzahl von Punkten –, wie der Wunsch ist, wollen wir die Beratung der Anhörung gleich heute vornehmen, heute sind die Menschen da, oder das in eine andere Sitzung verlegen? – Herr Holster, bitte.

Abg. Lars Holster: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion einmal herzlich bedanken für alle, die jetzt so rege an dieser öffentlichen Anhörung teilgenommen haben, und das wäre jetzt auch genau unser Vorschlag. Wir würden gerne die Senatsbefragung, Sie sind ja nun mal auch alle jetzt da und vielleicht auch ganz gespannt, welche Antworten jetzt der Senat auf Ihre Fragen hat. Wir würden beantragen, dass wir die Senatsanhörung jetzt sofort durchführen.

Vorsitzender: Wie ist das Meinungsbild? Wer stimmt dafür? Ich würde das auch begrüßen.

(Abg. Robert Heinemann: Alle einverstanden!)

– Einhellig.

Herr Senator Rabe, ist der Senat bereit?

Vorsitzender des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Können Sie fürs Protokoll noch einmal feststellen, beide Ausschüsse haben zugestimmt.

Vorsitzender: – Beide. Ich stelle fürs Protokoll fest, beide Ausschüsse haben einvernehmlich zugestimmt, Herr Senator Rabe auch. – Also Herr Senator Rabe, bitte, Sie haben das Wort, um zu den Fragen und Anmerkungen Stellung zu nehmen.

(Die Senatsvertreter nehmen mit Blickrichtung auf die Abgeordneten des Ausschusses Platz.)

– Eine kleine Anregung an die Pressevertreter, den Umbau jetzt als beendet zu betrachten.
– Herr Senator Rabe, bitte.

Senator Rabe: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank an die Gäste für die zahlreichen Hinweise und Anregungen. Lassen Sie mich vorab bemerken, dass es in der Tat ein ambitioniertes Vorhaben ist, in dem wir uns zurzeit befinden. Wir hatten von unseren 204 Grundschulstandorten zu Beginn dieser Legislaturperiode rund 50 mit Ganztagsangeboten und wir haben dann den Schulen freigestellt, welchen Weg sie wählen wollen. Wir haben auch den Zeitraum der Entscheidung verlängert. Die Schulen können entscheiden, erstens, ob sie GBS, also mit einem Hortträger am Nachmittag zusammenarbeiten wollen, oder GTS machen, das heißt, Schule in eigener Verantwortung

am Nachmittag. Sie können auch über den Zeitpunkt entscheiden, zu dem dieses Angebot beginnen soll. Wir haben hier abweichend von der Vorgängerregierung die Frist noch einmal verlängert über das Schuljahr 2013 hinaus. Dieser Beschluss muss mit Schulkonferenzmehrheit gefällt werden, das heißt also, ohne die Zustimmung der Eltern kann ein solcher Beschluss nicht zustande kommen. Er wird auch von uns nicht akzeptiert, wenn die Eltern nicht zugestimmt haben. Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist es in der Tat erfreulich, dass sehr, sehr, sehr viele Schulen sich entschieden haben, ein Ganztagsangebot zu entwickeln. Das machen die Zahlen deutlich. Wir gehen im Moment davon aus, dass im kommenden Schuljahr zu Beginn des Schuljahres 200 der 204 Grundschulstandorte ein entsprechendes Ganztagsangebot machen werden, das heißt also eine Vervielfachung innerhalb von nur drei Jahren. Das zeigt, dass es richtig war und dass auch der Vorgängerserrat an dieser Stelle ja richtig gehandelt hat, zu sagen, wir wollen und wir müssen das ausbauen. Und es zeigt auch, dass wir die Schulen hier nicht in einen Weg zwingen, sondern dass wir selber auch ein Stück – das hatte ich schon mehrfach gesagt – überrascht waren über die Geschwindigkeit, mit der die Schulen in diese Entwicklung hineingehen.

Dies vorausgeschickt will ich gerne einräumen, dass angesichts einer so stürmischen Entwicklung wir mannigfaltige Einzelprobleme lösen müssen. Ich kann selber ein Lied davon singen, wo Fettabscheider nicht funktionieren, wo Gasleitungen nicht ordentlich laufen, wo die örtlichen Jugendträger der Jugendhilfe sich nicht ordentlich einbezogen fühlen oder wo Schule und Eltern über Kreuz geraten über die Frage, welcher Hortträger soll denn jetzt ausgewählt werden. Das ist ein Stück weit dieser Geschwindigkeit geschuldet. Allerdings können wir nicht regelhaft einen Problembereich herausarbeiten, wo man sagt, hier läuft es überhaupt nicht. Das vorausgeschickt will ich ein paar der angesprochenen Themen oder möglichst alle hier einmal aufgreifen.

Frau Ellerbeck hatte angemerkt, dass in der Kindertagesstätte, nein, Entschuldigung, in der Schule Lutterothstraße eine ganze Reihe von Mängeln bei der Betreuung ihres Sohnes ihr aufgefallen sei. Zu diesen Mängeln möchte ich bemerken, es kann in Einzelfällen nicht ausgeschlossen werden, dass nach dem neuen Gebührensystem tatsächlich in wenigen Einzelfällen Eltern einen höheren Satz bezahlen müssen, als es im Hortsystem der Fall war. Das liegt an unterschiedlichen Gebührensystemen. Wir haben uns bemüht, das neue Gebührensystem durch eine Reihe von Anpassungsfaktoren so zu staffeln, dass es eigentlich nicht vorkommen kann, dass man mehr Geld bezahlt. Weil wir aber wissen, dass bei der Zusammenführung so verschiedener Systeme und bei der Anzahl von langfristig vermutlich 20 000, 30 000 Schülerinnen und Schülern nicht jeder Einzelfall genau vorherberechnet werden kann, gibt es die Garantie, dass diejenigen, die tatsächlich einen solchen Einzelfall haben, und ich kann den nicht pauschal ausschließen, die Differenz zurückerstattet bekommen. Deswegen würde ich hier noch mal darauf aufmerksam machen, die Schulbehörde bietet diese Möglichkeit an. Wir vollziehen die Berechnungen nach und erstatten die Differenz, um sicherzugehen, dass es hier nicht zu einer Mehrbelastung kommt. Diese Regelung gilt für mehrere Jahre und ist sogar in der Drucksache verankert, sodass hierauf auch Verlass ist, weil die Bürgerschaft das ebenfalls so beschlossen hat.

Das nächste Thema, das angesprochen worden ist, ist die Vorbuchung, die nötig ist oder sein soll in Bezug auf die Festlegung, wie viel Betreuungszeit man in Anspruch nehmen möchte und insbesondere um wie viel Ferienzeit es geht. Hier haben wir Verständnis dafür, dass Eltern Flexibilität brauchen. Deswegen haben wir an zwei Stellen einen Buchungsmodus eingeführt, der sich nicht ganz deckte mit den Erfahrungen von Frau Ellerbeck in der Lutterothstraße, und wir werden dem nachgehen, warum das hier offensichtlich nicht so klappt. Erstens, im Zeitraum eines Vierteljahres können die Buchungen der Tagesbetreuung verändert werden, das heißt also, jeweils zum Quartal kann man sagen, ich hatte bisher drei Tage gebucht, und zwar Dienstag, Donnerstag und Freitag. Meine Situation stellt sich anders dar, ich brauche jetzt von Montag bis Donnerstag ein Angebot und darüber hinaus noch die Frühstunde. Eine solche Korrektur ist innerhalb eines

Vierteljahres möglich und sie wirkt dann allerdings in dem übernächsten Quartal. Im günstigen Fall ist zwischen der Korrektur und der Durchführung der neuen Buchung ein Zeitraum von drei Monaten, im äußerst ungünstigsten Fall ist der Zeitraum maximal sechs Monate. Aber man kann unterjährig nachsteuern. Bei den Ferienregelungen ist es so, dass wir gesagt haben, wir haben volles Verständnis dafür, dass ganz viele Menschen, ich übrigens auch nicht, wissen könnte, wann ich im nächsten Sommer verreise. Und deswegen ist die Regelung keineswegs so, dass man jetzt ein Jahr vorher angeben muss, dass ich in den Ferien der Herbstferien genau die letzte Woche eine Betreuung brauche, sondern dass man eine pauschale Angabe macht dergestalt, dass man sagt, von unseren 13 Ferienwochen der Schule buche ich fünf. Wo diese fünf Wochen liegen, das teile ich dem Träger in einem gewissen Abstand, aber durchaus kurzfristig und keineswegs ein Jahr vorher mit. Diese Flexibilität ist vereinbart worden. Es mag sein, dass das in der Praxis nicht immer ankommt, aber dann müssen wir diesem Fall noch einmal nachgehen. In der Tat kann man die Ferienbuchung in der Wochenzahl machen, aber wann die Wochen genau liegen, das kann man sich kurzfristig aussuchen. Deswegen, glaube ich, kann man hier noch etwas verbessern.

Es kamen darüber hinaus zwei Fragen, unter anderem mehrfach auch der Hinweis von anderen, dass die eingesetzten Fachkräfte des Hortträgers in der pädagogischen Qualität Defizite aufweisen. Erzieher seien schlecht. Es wurde, glaube ich – ach nein, das war auch noch mal Frau Ellerbeck im zweiten Durchgang –, da hatte sie darauf hingewiesen, dass drei studentische Hilfskräfte dort eingesetzt seien. Hierzu muss man sagen, dass der Landesrahmenvertrag sehr präzise regelt, wie die fachliche Qualifikation des Personals aufgestellt sein muss. Wir haben uns hier orientiert an den Regelungen, die ohnehin auch bei den Horten galten. Wir haben hier keine Abstriche gemacht gegenüber den bisherigen Horten. Und deswegen ist da, darf ich sagen, nichts verändert worden. Es mag sein, dass durch den Trägerwechsel bedingt ein Träger an dieser Stelle pädagogisch noch Nachholbedarf hat, das kann ich nicht ausschließen, aber die Regelungen, und das ist das, wie Behörde steuert, sind hier sehr präzise gefasst.

In dem Zusammenhang ist auch gefragt worden oder gesagt worden, es gäbe Raumprobleme in der Schule Lutterothstraße. Die Frage nach den Räumen ist mehrfach angesprochen worden. Ich will die gesondert behandeln und noch mal kurz zurückkommen, um es nicht zu vergessen, auf die pädagogische Qualität des Personals. Ich will ganz offen sagen, dass diese Frage man als Politiker von zwei Seiten sehen muss. Ein ganzes Jahr lang sind wir in der Stadt mit den Vorhaltungen konfrontiert worden, GBS sei ein Billigmodell, das zum Abbau von pädagogischen Kräften führe. Heute höre ich mit Interesse, dass viele sagen, wir brauchen so viel pädagogische Fachkräfte, dass der Markt nicht genug hergibt. Letzteres ist mir in der Tat beinahe lieber als der erste Vorwurf, der immer darauf anspielte, wir würden damit Personal abbauen. Das Gegenteil ist in der Tat der Fall, wir brauchen mehr Personal in der gleichen Qualität wie bisher in den Horten.

Die Kontrolle über die Qualität des Trägers ist angesprochen worden, gerade im Zusammenhang mit der pädagogischen Qualität des Personals. Auch hier gilt, hier hat sich nichts geändert. Auch über frühere Horteinrichtungen gab es eine Qualitätskontrolle, diese Qualitätskontrolle wird von der Behörde für Arbeit, Soziales und Familie und Integration vorgenommen, der BASFI, sie hat darüber hinaus eine sogenannte Trägerberatung, wo alle diese Probleme erörtert werden und auf den Tisch kommen. Ich würde deshalb ganz kurz zu der Frage, wie Qualität der Hortträger und jetzt in Zukunft der GBS-Träger gesichert werden, an Herrn Dr. Bange von der BASFI übergeben, damit er diesen Mechanismus noch einmal kurz darstellt.

Herr Dr. Bange: Also, es war ja eine Einlassung von Frau Ellerbeck, da kann ich nur raten, und einige Eltern, die hier auch sitzen, auch vom LEA ja Erfahrungen mit gemacht, wenn es Beschwerden, bezogen auf einen Träger gibt, ist natürlich der erste Ansprechpartner erst

mal die Schule und dann die Trägervertretung vor Ort. Ich denke, da sollte man gucken, dass das in der Schule mit dem Träger geregelt wird. Das ist das eine.

Wenn das aber nicht funktioniert, dann können Sie sich gerne an die Sozialbehörde wenden, dann können Sie mir auch eine Mail schicken und sagen, an der Lutterothstraße ist dieses und jenes Problem aufgetaucht. Dann ist das in der Regel so, dass das bei uns dazu führt, dass einer aus der Trägerberatung Kontakt mit dem Träger aufnimmt und guckt, was da vor Ort los ist und ob die Beschwerden der Eltern zu Recht erhoben werden, und versucht mit dem Träger und dann im Fall der GBS auch mit der Schulleitung zusammen eine Lösung herbeizuführen. Falls das immer noch nicht zu einem Erfolg führt und die Situation sehr, sehr schwierig ist, dann haben wir auch noch eine Kita-Aufsicht und die würde dann zur Not auch noch mal stärker in die Kontrolle gehen.

Senator Rabe: Ich würde allerdings die Anmerkungen zum Anlass nehmen, dass wir über dieses Informationssystem und dieses Hilfs- oder Beratungsangebot die jeweiligen Elternräte oder Schulkonferenzen noch einmal informieren, damit deutlich wird, wenn da was nicht ordentlich läuft, dann ist es nicht so, dass über Schulleitung nichts mehr helfen kann, sondern dass wir hier tatsächlich Institutionen haben, die dann eingreifen würden.

Mehrfach ist angesprochen die Frage nach dem Raumbedarf und der Räume. Frau Ellerbeck hatte darauf hingewiesen. Herr Martens hatte darauf hingewiesen, dass die Behörde sogar daran denke, den Raumbedarf zu reduzieren. Und es war die Rede von zugigen Räumen und Ähnlichem. Hierzu ist Folgendes zu bemerken. Grundsätzlich hat sich das Raumangebot durch die Möglichkeit, Schule am Nachmittag zu nutzen, nicht verringert, sondern deutlich vergrößert, grundsätzlich. Das ist im Großen und Ganzen sehr einfach zu erklären. Die Fläche der bisherigen Horte ist nicht annähernd vergleichbar mit der gewaltigen Fläche, die eine Schule an Räumen zur Verfügung stellt. Ich räume allerdings ein, dass es sich dabei um Unterrichtsräume handelt, die in vielfacher Hinsicht noch nicht in der, sage ich mal, Qualität ausgestattet werden können, wie es an einigen Horten üblich ist. Deswegen haben wir hier in der Tat noch einiges zu tun. Wir haben den Schulen dazu ein Budget für flexibles Mobiliar und Ähnliches zur Verfügung gestellt. Wir haben sogar, und nach meiner Kenntnis erstmalig in der Schulbehörde, in der Arbeitsgruppe, die die Ganztagsbetreuung insgesamt in der Schulbehörde begleitet, einen Architekten beschäftigt und eingestellt, der die Schulen aufsucht und berät über die Frage, wie man wohnliche Verhältnisse trotz der Flexibilitäten, die damit notwendig sind, weil auch Unterricht vormittags stattfinden muss, herstellt. Und deswegen sage ich Ihnen offen, in der Tat, wir wissen, dass wir hier noch besser werden können. Dieses Besserwerden begleiten wir aber auch von der Schulbehörde durchaus mit nicht wenig Geld, mit Expertise und hier sind alle Kräfte gemeinsam gefordert, das ist Schulleitung genau wie GBS-Leitung, genau wie Schulkonferenz, solche Fragen tatsächlich produktiv anzugehen. Die Spielräume sind da, man muss loslegen.

Das gilt übrigens auch für die Frage nach dem Raumbedarf insgesamt. Hier ist, Herr Martens hatte darauf angespielt, die Behörde keineswegs dabei, den Raumbedarf zu reduzieren, sondern ganz im Gegenteil hat die Behörde ein Musterflächenprogramm in Kraft gesetzt, das schon unter der Vorgängerregierung erarbeitet worden ist. Dieses Musterflächenprogramm sieht vor, wie viel Fläche optimalerweise für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt werden müsste. Das ist gerade im Grundschulbereich außerordentlich viel. Vergleiche mit anderen Ländern und anderen Städten, wir haben Vergleiche zu Baden-Württemberg gezogen und zu Köln, zeigen, dass wir hier doch sehr gut ausgestattet sind. Diese Vergleiche bedeuten ... oder, nein, in diesen Vergleichen zeigt sich, dass wir mit unserer Quadratmeterausstattung in Deutschland im Moment wohl nicht übertroffen werden. Allerdings stellen wir trotzdem fest, dass es an einigen Schulen viel zu viel Platz gibt, selbst nach diesen großzügigen Maßstäben. Das ist einfach zu erklären. Viele Grundschulen waren früher Grund-, Haupt- und Realschulen. Im Zuge der Einführung der Stadtteilschule wurden häufig kleine Haupt- und Realschulen geschlossen. An solchen Standorten ist heute die Grundschule allein in einem Gebäude, in dem bis vor Kurzem noch Haupt- und Realschüler

mitlernten. Und solche Gebäude haben einen Flächenüberhang. Nur um den geht es. Es geht nicht um eine Verringerung des Raumbedarfs für die Schülerinnen und Schüler, der recht hoch ist. Ich darf als Beispiel anführen, eine Grundschulklasse mit 19 oder 23 Schülern Obergrenze hat nach unserem Musterflächenprogramm Anspruch allein auf einen Klassenraum von 72 Quadratmetern. Ich habe als Lehrer nie größere Räume als 58 Quadratmeter gesehen und meine Schulklassen waren 31 Schüler groß. Das muss man dazu im Hintergrund wissen, diese 72 Quadratmeter ist außerordentlich viel. Und dabei gilt noch zu berücksichtigen, dass noch Differenzierungsräume oben drauf kommen.

Deswegen ist es eine Organisations- und Ausstattungsfrage, wo wir in der Tat noch etwas zu tun haben, um, darf ich flapsig sagen, die Gemütlichkeit zu erhöhen, aber nicht ein grundsätzliches Problem fehlender Räume. Dieses grundsätzliche Problem will ich aber benennen, es war nur am Rande genannt worden, aber ich will hier auch ehrlich auf Probleme eingehen, dieses – das einzige, wo wir wirklich ernsthaft uns Mühe geben müssen, ist die Frage des Kantinenausbaus. Hier sind wir nicht so weit gekommen, wie wir uns das erhofft haben. An dieser Stelle muss man aber auch darauf hinweisen, dass gerade Schulbau Hamburg zu Recht sagt, wir sind zwar nicht so weit gekommen, wie wir es uns erhofft haben, aber so schnell haben wir noch nie in der Stadt so viele Kantinen gebaut wie jetzt im Moment.

Wir haben in unserer Pressemitteilung noch einmal versucht darzustellen, in welchem Tempo dieser Ausbau vorangeht, und der ist schon ungewöhnlich. Man kann im Großen und Ganzen sagen, dass wir beinahe im Jahresschnitt zwischen 40 und 50 Kantinen fertigstellen, das ist aber ein mühseliges und schwieriges Unterfangen, weil wir die Kantinen einpassen müssen in vorhandene Bauwerke und weil wir deren Bau auch noch koordinieren müssen mit zahlreichen anderen Umbau- und Sanierungsarbeiten.

Deswegen möchte ich kurz springen zum Thema Lutterothstraße. Nein, Entschuldigung, wer war derjenige mit der einen Schule? Warte mal kurz.

(Frau Lili Gries: Kleiner Kielort!)

– Richtig, Kleiner Kielort. Ja, den Vorgang kenne ich auch. Hier ist es so, dass sich ein Bauvorhaben, das schon vor langer Zeit einmal geplant war, aus irgendwelchen Gründen unter mannigfaltigen Vorgängerregierungen nicht entfaltet hat. Und jetzt müssen wir dort mit großem Schwung bauen. Und dieser Schwung führt natürlich zu erheblichen Belästigungen vor Ort. Deswegen haben mehrere Elternvertreter sich an uns gewandt und gesagt, vielleicht wäre es klug, wenn nicht auch noch mitten in dieser Umbauphase die Schule von oben bis unten, von morgens bis abends von Schülerinnen und Schülern genutzt wird, sondern ob man nicht in der Übergangsphase die Horte der Umgebung noch in Kraft lassen könnte, um Bauprobleme und Baulärm und Ähnliches irgendwie zu koordinieren. Ich will hier keine festen Zusagen machen, außer der, dass ich mir das gerne noch einmal sehr sorgfältig angucken möchte. Es ist nicht vernünftig, das sehen wir genauso, wenn wir in eine Megabaustelle gleichzeitig noch von Anfang bis Ende, von morgens bis abends Kinder hineinbringen. Umgekehrt ist es hochgradig schwierig, einen Prozess, der sehr klar strukturiert ist und der gerade in Bezug auf die Horte mit Bedacht den Horten eine klare Perspektive, aber auch ein klares Ende gegeben hat, wegen eines besonderen Einzelfalls noch einmal aufzuknüpfen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle nur zusagen, wir prüfen in der Tat, welche Ausmaße dieser umfangreiche Umbau hat und unter welchen Rahmenbedingungen man den Schulbetrieb, aber vor allem auch den Ganztagsbetrieb dort fortsetzen kann. Wenn sich herausstellen sollte, dass das in der Tat größte Schwierigkeiten macht, denken wir oder werden wir versuchen, eine Lösung zu finden, mit der auch der Ganztagsbetrieb ohne große Baustörungen fortgesetzt werden kann. Das zu ..., ach so, es war Frau Gries, sehe ich jetzt gerade, die das angesprochen hatte. Das zu diesen Umbaufragen und Sanierungsfragen, die dabei eine Rolle spielen.

Mehrfach ist angesprochen worden die Qualität des Mittagessens. Hier – ich muss kurz auf meinen Plan gucken – war Frau Grollmus, -mann, -matz, weiß ich nicht mehr ganz genau, hatte darauf hingewiesen, die Caterer hätten schlechte Qualität und es gäbe sehr viele Provisorien. Ich hatte bereits gesagt, dass wir in der Tat einige Provisorien haben. Diese Provisorien sind von äußerst unterschiedlicher Qualität. Ich habe Provisorien besichtigt, von denen ich gar nicht wusste, dass das ein Provisorium war, das sah so ordentlich und vernünftig aus, dass es gut funktionierte. Es ist manchmal, dass die Kantine, also der Ort, wo gegessen wird, beispielsweise dann in Veranstaltungsräumlichkeiten oder in der Aula stattfindet, manchmal in einer Pausenhalle, in der sich dann aber ohnehin ein Kiosk befindet, auch diese Möglichkeiten konnte ich bisher in Augenschein nehmen.

Umgekehrt sind Provisorien denkbar, allerdings nur mit schulischer Zustimmung, dass die Kinder für eine befristete Zeit im Klassenraum essen. Ich muss ganz offen sagen, ich enthalte mich da einer persönlichen Bewertung, weil es einige Schulen gibt, die das erbittert als ein kluges pädagogisches Konzept verteidigen, und eine andere Schule mir bekannt ist, die den ganzen Ganztagsbetrieb stoppt und erst ein Jahr später an den Start gehen möchte, weil sie gerade das Essen im Klassenraum als unzumutbar empfindet. Das müssen wir einfach in der Schulwelt sehen, so stellt es sich dar. Diese Provisorien sind nicht unsere Lieblingslösung, deswegen haben wir allen Schulkonferenzen gesagt, ihr müsst nicht anfangen. Die Horte in der Umgebung, wir werden dann mit den Trägern und den Dachverbänden in Gespräche eintreten, um bei Schulen, wo man sagt, die wollen das aus guten Gründen nicht tun, dann würden wir dort, so lange es geht, die Hortangebote aufrechterhalten und dann können wir direkt in die Kantine übergehen, in eine ordentliche.

Man muss allerdings sagen, dass die Schulen sich hier im vollen Bewusstsein, dass es häufig zu provisorischen Lösungen kommen muss, trotzdem für den Ganztagsbetrieb entscheiden. Und wenn das so ist, dann will ich nicht ausschließen, dass es auch Eltern gibt, die mit dieser Lösung nicht zufrieden sind, aber ich darf an dieser Stelle sagen, dass die Schulbehörde sich nach der Mehrheit und nach der Beschlusslage der Schulkonferenzen zu richten hat. Und wenn die Schulkonferenz sagt, wir möchten Ganztage, auch und obwohl wir wissen, dass das Essen zunächst einmal nicht in einer perfekt eingerichteten Kantine erfolgt, sondern möglicherweise in einer Übergangslösung, dann respektieren wir das und sagen denen nicht und schreiben ihnen nicht vor, dass wir diesen Wunsch aus anderen Gründen nicht respektieren.

Angesprochen wurde von der gleichen Fragestellerin die Frage des Caterers und es wurde darauf hingewiesen, Standard müsse eigentlich die Produktionsküche sein. Es ist richtig, dass wir zwei Formen von Küchen haben, die Zubereitungsküchen oder auch Aufwärmküchen, etwas abfällig genannt, und die Produktionsküchen. Wir haben bei den Produktionsküchen mehrere Probleme, die in der Öffentlichkeit schnell übersehen werden. Das eine Problem ist schlicht, den Betrieb sicherzustellen. Dass die Produktionsküchen in der Anschaffung teurer sind, ist das Zweite. Das ist aber nicht das Kernproblem. Das Kernproblem ist die Sicherstellung des Betriebes. Die bisherigen Produktionsküchen lebten in Wahrheit nur oder fast ausschließlich, weil sie über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Ein-Euro-Jobs oder ähnliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen quersubventioniert worden sind. Dass eine Produktionsküche an sich von einem Betreiber betrieben worden ist und wirtschaftlich funktionierte, hatte sich in der Vergangenheit bisher so nicht gezeigt. Das ist das eigentliche Problem dabei.

Viele Schulen haben zum Teil mit robusten Methoden, ich sage es mal zugespitzt, sich bei IKEA – nein, nicht viele, aber einige durchaus –, bei IKEA eine Küche gekauft, es sind da engagierte Eltern dabei, und die kochen lustig und eigentlich alle sind zufrieden. Aber man muss ganz offen sagen, ich weiß nicht, was passiert, wenn das Bezirksordnungsamt sich das alles anguckt. Wir müssen als Schulbehörde schlicht Lösungen finden, die auch unter hygienischen Aspekten bis ins Letzte absolut durchdacht sind und reibungslos allen sehr umfangreichen Hygienevorschriften genügen.

Und deswegen ist es manchmal in der Schulwelt sehr schnell der Gedanke, wir haben doch zu Hause auch eine Küche und ein bisschen größer und all so was, dann kriegen wir das schon hin. Das ist einfach kein Kriterium, das wir anwenden können. Wir müssen so bauen, wie es Ordnungs-, Bezirks-, Gesundheitsämter vorschreiben, und wir müssen auch den Betrieb so sicherstellen. Und das, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht nur dann möglich, deswegen haben wir nicht Produktionsküchen an sich verboten, nur dann möglich, wenn zwei Dinge klappen. Erstens, es muss eine große Anzahl von Schülern ausgegeben werden, dann kommt man auf Stückzahlen, dass dann auch ein, und das ist der zweite Punkt, ein sicherer Betrieb auch auf Dauer durch einen vernünftigen Betreiber gewährleistet werden kann.

Um die Vielzahl der Essen sicherzustellen, kann man sich auch Kooperationen vorstellen. Wir haben jetzt an zwei Stellen Produktionsküchen in Erwägung gezogen, die zu bauen, weil von dort aus noch andere Schulen beliefert werden. So was ist möglich. Aber bei den meisten Grundschulen kriegen wir diese Stückzahl nicht, die einen von den Ordnungsämtern akzeptierten und gesundheitspolitisch vernünftigen Rahmen erfüllen könnten.

(Zuruf: Bei den Kitas klappt das!)

Bei den Kitas – es ist richtig, habe ich eben den Zwischenruf gehört – wird häufig gesagt, das klappt. Ich würde auch an Ihrer Stelle das nicht ganz so laut und deutlich sagen. Wir haben jetzt die ersten Erfahrungen mit den Ordnungs- und Gesundheitsämtern gesammelt und ich bin mir nicht sicher, ob zum Beispiel folgendes Kriterium, zum Beispiel der Einbau einer Dusche für das Kantinenpersonal, in allen Kitas Wirklichkeit geworden ist. Aber all das sind Dinge, mit denen wir zurzeit konfrontiert werden, und deswegen freue ich mich über jede Lösung, die läuft. Aber diese Lösung können wir nicht als Blaupause nehmen, wenn wir jetzt etwas Neues starten. Das ist das Problem.

Ich darf aber zum Schluss ergänzen, ich kann nicht nachvollziehen, und ich weiß, dass auch da mit einigen Abgeordneten uns einiges trennt, mit welchem Temperament behauptet wird, in den Zubereitungsküchen werde ein labeliges, uraltes Essen wieder angewärmt, und bei den anderen fliegen einem die Vitamine nur so um die Ohren. Ich habe gerade deshalb besucht vor Kurzem, das war ja auch ein bisschen in der Presse, ist ja auch ein bisschen hochgekocht – hochgekocht, wie schön, ja – die Schule Helmuth Hübener. Hieß sie nicht so? So hieß sie. So. Dort hatte mit Unterstützung des Otto-Konzerns eine relativ ordentliche Kantine mit einem hervorragenden Angebot so viel Zuspruch bei den Schülerinnen und Schülern, dass wir hier ein ganz ungewöhnliches Essenskonzept haben. Übrigens rund um die Uhr, mit Frühstück und Nachmittag und Salaten zum Ausschicken und Selbstbedienen, das war wirklich ganz ungewöhnlich. Und ich habe die ganze Zeit gedacht, oh Gott, du gehst da jetzt hin, da ist eine Produktionsküche und dann geht das alles wieder los und ich muss dann wiederum blankziehen und sagen, ja, aber leider kriegen wir solche schönen Produktionsküchen in den anderen Schulen nicht. Und ich habe sehr gestaunt, es war eine ganz normale Zubereitungs- oder, despektierlich, Aufwärmküche und die Fachleute, und das waren nun, weiß Gott, Fachleute allererster Qualität, haben mehrfach gesagt, dass man mit diesen Küchen nach bestimmten Verfahren – ich habe gelernt, das Spitzenverfahren hieß Cook and Chill, also irgendwie hochkochen und dann blitzschnell runterchillen, das ist das Ausruhen meiner Kinder, da kenne ich dieses Wort her –, das sei sozusagen das Idealverfahren, würde jede Menge vitaminschonender Sonst-was-Auswirkungen haben und das werde da angewandt. Und diese Küche, von der ich fürchtete, sie hätte 2 Millionen gekostet und sei nicht übertragbar, ist die absolute 08/15-Küche aller Hamburger Schulen, die wir da einbauen.

Deswegen sage ich hier noch mal, es kommt auch auf die Art des Betreibers drauf an. Und ich weiß, dass wir hier den Schulen die Freiheit gelassen haben, Betreiber auszusuchen. Der Otto Versand hatte oder dieser Kantinenbetreiber ist nicht der Versand, aber das kriege ich

alles durcheinander, die hatten ein Konzept auch zu Papier gebracht, wo sie erläutert haben, wie Querfinanzierung geht, um das sicherzustellen. Und ich rege an, dass sich die Schulkonferenzen mit diesem Modell noch einmal beschäftigen. Ich kann mir gut vorstellen, und das wurde uns mehrfach dargestellt, dass auch andere Träger in der Lage sind, ein solches Verfahren zu machen. Deswegen, an der Stelle sind wir sicher, dass die von uns bereitgestellten Voraussetzungen eigentlich für ein gutes Essen ausreichen. Wer jetzt gerade übrigens „Den Spiegel“ gelesen hat, der sollte auch da noch mal nachlesen, das durchschnittliche Schulessen, so wird dort behauptet, kostet in Deutschland 2,60 Euro. Auch hier darf man darauf hinweisen, dass wir in Hamburg mit 3,50 Euro dann offensichtlich doch zu den etwas großzügigeren Angeboten neigen, sodass ich mir auch hier vorstellen kann, dass wir im Bundesvergleich so schlecht nicht dastehen.

Die nächste Anregung kam – da hatte ich gehört Herrn Gröndahl vom LEA, der sagte, wir hätten die LEA-Anregung nicht aufgenommen. Da muss man jetzt ehrlicherweise sagen: Welche? Wir haben eine ganze Reihe von LEA-Anregungen aufgenommen, insbesondere hatte der LEA sehr energisch dafür gekämpft, dass Eltern nicht mehr zahlen müssen als vorher. Und wir haben daraufhin fast ein Vierteljahr und Logarithmen ohne Ende angesetzt, um diesen Wahnsinn hinzukriegen, zwei völlig verschiedene Gebührensysteme, eigentlich sogar vier – denn die Kita, Herr Bange, ist noch wieder anders im Gebührensystem gestaffelt als der Hort, und deswegen mussten wir die Vorschule anders staffeln als die Ganztagsbetreuung, um das alles miteinander anzupassen. Und das hatte den LEA sehr überzeugt, sodass wir ja bei der Einführung von GBS an dieser Stelle auch Rückenwind bekommen haben. In der Tat müssen wir nach diesen stürmischen Anfangstagen darauf achten, das ist angeregt worden, ich glaube, Herr Peters hatte auch noch mal darauf hingewiesen, wie wir in der Qualität des Ganztagsangebotes hier insbesondere die Kooperation der Jugendhilfe in Gange bringen. Dafür haben wir aber auch gesorgt, weil wir in unserer Behörde umstrukturiert haben und gerade nur für diesen Bereich, nämlich die Frage, wie mit der Jugendhilfe kooperiert werden kann, eine Arbeitsgruppe extra eingesetzt haben, die sich damit beschäftigt, wie im zweiten Runden Tisch mit dem weiteren Verfahren die Kooperation hergestellt werden kann.

Mehrfach ist von Verbandsvertretern angesprochen worden, dass die schulische Ganztagschule schlechter finanziert sei als die Ganztagsangebote mit einem Hortträger. Das ist jetzt etwas knifflig, das aufzudröseln, ich will Folgendes dazu sagen. Die Ganztagschule mit einem Hortträger hat schlicht ein zusätzliches Problem und das besteht darin, dass wir zwei Organisationen unter dem Dach der Schule haben. Zwei Organisationen, die in der Tat miteinander reden müssen und miteinander planen müssen, die zudem andere Kulturen haben und die auch noch in einem Startprozess zusammen sind. Unter diesen Rahmenbedingungen haben wir deshalb hier Kooperationszeiten finanziert, die übrigens, und das war von jemandem genannt worden, wenn die nicht gemacht werden, dann werde ich auch grantig, denn das Geld kriegen die Beteiligten von uns und deswegen erwarten wir natürlich auch, dass das Geld genutzt wird, und ich würde dann schon gerne Ross und Reiter wissen und mich auch persönlich oder die Behörde würde sich dann darum kümmern, warum solche Dinge nicht in Kraft treten. Wie gesagt, finanzieren tun wir Kooperationszeiten. Bei einer Ganztagschule schulischer Prägung ist eine solche Finanzierung zumindest nicht zwingend erforderlich. Das will ich ganz offen sagen, denn es ist dieselbe Schule, die den Nachmittag mitmacht. Und deswegen reden dort nicht zwei Institutionen, wo man Redezeit finanzieren muss, sondern die reden mit sich selber. Da sind insofern gewisse Unterschiede schon vorhanden.

Ich darf in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass unter der CDU-Regierung die Qualität der Ganztagschulenausstattung abgesenkt worden ist, und unter großem Beifall, auch der Öffentlichkeit, die letzte Regierung, GAL und CDU, diese Absenkung wieder rückgängig gemacht hat, indem sie die Bedarfsgrundlagen für die schulischen Ganztagsangebote wieder so aufgestellt hat, wie es wohl mal war. Dazu bin ich aber noch nicht lange genug dabei, jedenfalls haben Sie sie deutlich verbessert. 40 Prozent der zusätzlichen Mittel werden in

Lehrerstellen ausgezahlt, 40 weitere Prozent als Stellen für Sozialpädagogen und/oder Erzieher und 20 Prozent als Honorarmittel, das ist der geringste Teil.

Ich kann mich gut daran erinnern, weil ich da schon in der Bürgerschaft war, dass das mit großer Freude von den Ganztagschulen damals zur Kenntnis genommen worden ist. Dass nun heute, nur weil es GBS gibt, plötzlich diese Ausstattung, die noch vor drei Jahren als fürstlich begrüßt worden war, sozusagen nicht mehr akzeptabel ist, kann ich nicht nachvollziehen. Es ist eine ausgesprochen gute Ausstattung, und weil GBS an der einen oder anderen Stelle etwas mehr kriegt aufgrund von Besonderheiten, finde ich es nicht zwangsläufig, dass wir sofort alles, was dort ist, sozusagen komplett übertragen. Denn dazu sind die Bedingungen halt unterschiedlich.

Dazu war auch angeregt worden, ich glaube, jemand war da, eine Mitarbeiterin eines Schulbüros, ich ...

(Zuruf)

– Ja, richtig. – Frau Alt?

(Zurufe: Alpen!)

– Alpen, ach, da ist das.

Da war gesagt worden, dass wir die Schulsekretärinnen mit E 5 einqualifizieren und damit keine beratende Tätigkeit verbunden ist. An anderer Stelle war gesagt worden, die Schulbüros müssten besser ausgestattet sein. Hier eröffnet sich in der Tat ein hochkompliziertes Feld. Eigentlich hatten Schulsekretärinnen in Hamburg nach meiner Erinnerung immer E 6. Die letzten Tarifverhandlungen, es mögen auch die vorletzten gewesen sein, haben zu einer Veränderung geführt, dergestalt, dass die Beteiligten, nämlich die Sozialpartner, und hier darf ich auch ganz ausdrücklich die Gewerkschaft genauso nennen wie die Arbeitgeberseite, eine andere Einklassifizierung eingeführt haben, nämlich E 5. Seitdem haben wir in der Schulbehörde das Problem, dass wir bei Neueinstellungen eigentlich auf E 5 gehen müssten, obwohl es aus unserer Sicht vieles gäbe, was für E 6 spricht. Wir sind deshalb in Gesprächen mit den Berufsvertreterinnen der Schulsekretariate, weil wir auch zum Beispiel über Aufstiegsmöglichkeiten, gerade bei großen Sekretariaten, nachdenken, weil wir hier eine ganze Reihe von Fragen erörtern wollen, denn wir möchten die Professionalität dieser Büros sicherstellen. Das tun wir übrigens auch durch zusätzliche Stellen. Jemand sagte, wir brauchen doch mehr Zeit in den Schulbüros, um alles dort zu koordinieren. Ich darf darauf hinweisen, dass mit der Drucksache verbunden ist, und es gab durchaus kritische Stimmen, auch in der Öffentlichkeit, wo wir doch unter Sparapell stehen, dass wir sage und schreibe 47 zusätzliche Stellen für die Sekretariate ausgeben, nur damit GBS läuft. Das ist eine wirklich gewaltige Zahl, und ich kann mir gut vorstellen, ob nun Theater, Kulturschaffende oder Polizei, die würden angesichts einer solchen Größenordnung schon recht ehrfurchtsvoll gucken. Ich glaube deshalb, dass die Sekretariate vernünftig aufgestellt sind, und wir sind bereit und in Gesprächen, die Frage von E 5 und Beratung oder nicht Beratung vernünftig zu klären.

Dann ist zum Schluss noch zu nennen die Frage der Gruppenfrequenz. Frau König hatte darauf hingewiesen, dass es 28er- oder 29er-Gruppen gäbe. Ich prüfe gerne nach, ob das überhaupt zulässig ist. Ich glaube, nicht. Aber im Kern legt der Landesrahmenvertrag hierzu einen klugen Schlüssel fest. Und dieser Schlüssel beinhaltet eine Gruppengröße in Kombination mit der Zuweisung von Erzieherinnen und Erziehern. Er ist so gestaltet, dass die Träger eine größere Flexibilität haben. Deswegen bin ich etwas vorsichtig, ob wir – ob das sozusagen regelrecht verboten ist. Herr Bange kann da direkt gleich noch mal etwas dazu sagen. Aber diese Flexibilität bedeutet im Kern eigentlich einen Personalschlüssel, dem bei der Verabschiedung zumindest alle zugestimmt haben, weil alle Beteiligten gesagt

haben, das ist letztlich vernünftig. Und Sie erinnern sich alle, dass wir beim Landesrahmenvertrag temperamentvolle, auch in den Zeitungen temperamentvolle Diskussionen hatten, wie viel Erzieher und wie viel Kinder müssen eigentlich sein und ist es nicht so, dass hier der Hort viel besser ausgestattet war. Aber ich erinnere eben, dass wir über das pädagogische Budget eine Position eingeführt haben, die zwar mannigfaltig genutzt werden kann, aber es ist nicht verboten, diese Position für pädagogische Arbeit zu nutzen. Und wenn man das tatsächlich miteinbezieht, dann kommen wir in Gruppenfrequenzen, die dem des Hortes sehr ähnlich sind oder beinahe deckungsgleich sind. Und deswegen gilt an dieser Stelle, dass wir eigentlich sagen können, 28er-, 29er-Gruppen sollten nicht vorkommen. Ich würde aber dazu gern Herrn Dr. Bange noch mal bitten, das genauer darzustellen, oder?

Herr Dr. Bange: Also in den KESS-1- und -2-Schulen gibt es für 19 Kinder einen Erzieher, der muss dann auch ausgebildet werden. In den KESS-3- bis -6-Schulen ist das ein Erzieher für 23 Kinder. Wir haben zudem, das war ja auch eine lange Diskussion, ein pädagogisches Budget eingeführt. Und aus diesem pädagogischen Budget können die Träger weitere Fachkräfte oder eben auch studentische Hilfskräfte einstellen. Und wenn man die Einlassungen von Frau Ellerbeck eben gehört hat, war es ja auch so, dass sie von zwei Erziehern, wenn ich mich recht erinnere, in einer Gruppe von 29 Kindern gesprochen hat. Es kann schon mal sein, dass die Gruppengrößen über diese 19er oder 23er hinausgehen, je nachdem auch, zu welcher Uhrzeit das ist. Generell ist aber die Vorgabe, wie ich dann eben ausgeführt habe.

Senator Rabe: Man darf zum Schluss dabei berücksichtigen, dass wir, wenn sich Kinder anmelden, einen Träger so ausstatten, als ob das Kind fünf Tage in der Woche von 13 bis 16 Uhr da sei. Die Realität ist eine andere. Nach unseren Erfahrungen ist die Anwesenheit eher bei dreieinhalb Tagen. Und das heißt, wenn man das alles in einem Dreisatz zusammenfasst, dann finden sich entweder anderthalb Tage, wo die Erzieher in völlig leeren Räumen sind, oder, was wahrscheinlicher ist, die Kinder verteilen sich über fünf Tage, aber es ist nicht ..., jeden Tag sind nicht alle 19 oder 23 da. Und deswegen verbessert sich auch auf diese Art und Weise das Erzieher-Kind-Verhältnis. Und Sie haben bei Ihrer Regelung eben noch das pädagogische Budget völlig außen vor gelassen. Das könnte eben noch einmal oben drauf kommen.

Bleibt zum Schluss die Frage, und da komme ich immer wieder zu diesen GTS-Hinweisen, Vertretungsreserve, Erzieher, wie werden die eingesetzt und Ähnliches. Wir haben auch im Hinblick auf das Thema Inklusion, das damit nicht direkt etwas zu tun hat, viele Fragen rund um die zukünftigen Einsatzmöglichkeiten und die Aufgaben von Erzieherinnen und Erziehern und von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Auch in diesem Zusammenhang wird häufig darauf hingewiesen, dass Krankheitsvertretungen beispielsweise theoretisch nicht eingeplant sind. Wir wollen uns das zumindest noch einmal genau angucken. Wir können hier nicht große Gelder versprechen, um etwas nachzubessern, auch deshalb, weil die Ausstattung eigentlich sehr gut ist. Aber wir müssen darauf achten, dass Erzieherinnen und Erzieher dieser schwierigen Aufgabe gewachsen sind.

Dass die Ferienzeiten, das war der letzte Punkt, den ich jetzt noch mir notiert hatte, so schlecht ausgestattet sind, das wundert mich jetzt ein bisschen doch, denn die Ferienzeiten sind nach den gleichen Maßstäben ausgestattet wie der Rest. Ganz im Gegenteil haben wir den Trägern sogar noch zusätzliches Geld gegeben, weil wir wissen, dass bei geringer Teilnahme es natürlich schwieriger ist, eine Betreuungsstruktur zu organisieren, die sich rechnet. Und deswegen gibt es ..., ist es 10 000 Euro im Jahr?

(Zuruf)

– Gut, also 10 000 Euro im Jahr noch oben drauf pauschal, um auszugleichen, dass bei bestimmten Angeboten vielleicht nicht genügend Kinder sind, um wirtschaftlich zu arbeiten. Das muss man alles wissen.

Deswegen darf ich zum Schluss zusammenführen, ich sehe schon, dass wir in einer solch stürmischen Phase, wo wir vermutlich rund 140, 150 Schulen, die dreifache Menge der Schulen, für die wir vorher 20 Jahre gebraucht haben, für die ersten 50 Schulen, dass, wo wir das jetzt in drei Jahren vervierfachen, dass es dort viele Fragen gibt und dass man steuern muss und dass aber auch vor Ort viele Punkte erörtert werden müssen. Die angesprochenen Punkte sind zum Teil Punkte, die in den Schulen geregelt werden müssten, wo wir allerdings unterstützen können, indem wir Beratungsstellen und andere Angebote publik machen. Es sind aber auch Punkte, denen wir auch im Regelfall nachgehen würden. Wir haben eine Abteilung, die sich auch telefonisch ..., die man anrufen kann, wo wir entsprechendes Konfliktmanagement anbieten, ich habe es mir vorhin vorlegen lassen. Ich glaube, dass insgesamt in dem letzten guten Jahr 900 Anrufe dort eingegangen sind wegen allem Möglichen, von kalten Erbsen und Wurzeln hin bis zur Frage, ob die Kletterwand eigentlich schlau ist oder ob die Hausaufgabenhilfe nicht zwangsläufig für jeden da sein muss oder lieber freiwillig. All diese Fragen werden dort erörtert. Und deswegen nehme ich zumindest noch mal mit, dass gerade diese praktischen Probleme sicherlich besser organisiert werden können, wenn wir unsere Beratungsmöglichkeiten noch einmal transparenter darstellen. Jetzt habe ich so lange geredet, dass ich jetzt aber auch wirklich aufhöre. Ich hoffe, ich habe es weitgehend geschafft, die verschiedenen Punkte anzusprechen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator Rabe. Ein Punkt ist ... noch auf der Liste, den Sie nicht angesprochen hatten, die Frage nach, wer hat das Sagen bei Kooperationen zwischen GBS, GTS und Sportverein oder Ähnlichem. Wollen Sie dazu auch noch gleich was sagen?

Senator Rabe: Ja. In dem Moment, wo die Schule selber für den Ganzttag verantwortlich ist, in diesem Moment hat die Schule ausschließlich das Recht zu sagen, ihr macht jetzt Fußball mit dem SV Bergedorf West oder ihr macht mit dem JUZENA zusammen irgendwie ein anderes Angebot. Das ist dann eine schulische Frage. Bei GBS ist die Sache etwas komplizierter.

(Zuruf)

– Oder ich?

(Zuruf)

Ja, ich bin mir da nicht mehr ganz sicher. Also eigentlich ist bei GBS der GBS-Partner derjenige, der das letzte Wort hat, denn er muss diese Zusammenarbeit finanzieren. Dafür ist unter anderem auch, zweite Variante, ich weiß, dass Herr Peters zu Recht jetzt im Hintergrund denkt, jedes Mal führt er das pädagogische Budget an, damit kann man alles bezahlen.

(Zuruf: Stimmt!)

– Ja, Herr Peters, Sie haben auch recht an der Stelle.

(Herr Martin Peters: Danke!)

Aber im Kern haben wir eben auch auf Wunsch der Träger da deshalb das pädagogische Budget eingeführt, damit es entweder in Personal gesteckt werden kann oder in außerschulische Kooperationen. Deswegen ist das in der Letztentscheidung, in der Letztentscheidung des GBS-Trägers, darüber kann die Schule ihn nicht zwingen,

irgendetwas zu machen. Aber die Schule hat natürlich, weil sie den GBS-Träger aussucht, durchaus Hebel und ist in Wahrheit ja ein ..., geht es ja nicht um gegenseitige Erpressung, sondern um eine vernünftige Zusammenarbeit im Sinne eines gemeinsamen Konzeptes. Und deswegen haben auch die schulischen Vertretungen hier große Einflussmöglichkeiten, so will ich es mal nennen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Ich habe als Wortmeldung aus dem Ausschuss jetzt Herrn Heinemann und dann Frau Dr. von Berg. – Herr Heinemann, bitte.

(Zuruf)

Abg. Robert Heinemann: Ja, von meiner Seite auch noch mal einen herzlichen Dank für die vielen Anregungen und auch Ihnen, Herr Senator, heute ausdrücklich mal vielen Dank für die, finde ich, sehr sachlichen Ausführungen, wo auch mal die Probleme benannt wurden, sehr realistisch, das finde ich immer sehr wichtig. Ich glaube, nur wenn wir uns nicht die Augen auch verschließen vor den Problemen, die da sind konkret vor Ort, dann können wir auch gemeinsam es schaffen sie anzugehen. Wo wir, glaube ich, in der Tat noch mal drüber nachdenken sollten, ist das Thema der Ferienressourcen. Ich finde, wenn sowohl der Grundschulverband als auch der Ganztagschulverband das hier ansprechen, dann scheint da was im Argen zu sein und ich wäre den Verbänden sehr dankbar, wenn sie uns das vielleicht auch noch mal ..., auch vielleicht noch mal schriftlich aufgeben könnten, wo da aus Ihrer Sicht konkret die Probleme sind, damit wir die gemeinsam vielleicht auch mit der Behörde noch mal dort besprechen und klären können. Ich glaube, das wird sich ja in den nächsten Monaten zeigen, ob es vielleicht an der einen oder anderen Stelle mal eine temporäre Problematik war oder ob es eine systematische Problematik ist. Ich habe den Verdacht, nach dem, wie Sie das geschildert haben, dass wir da an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch einen Nachbesserungsbedarf haben.

Das Gleiche gilt, darauf sind Sie noch nicht eingegangen, Herr Senator, für das Thema der Schulen in freier Trägerschaft. Da haben wir ja nun auch von den katholischen Schulträgern gehört, dass es dort ein großes Problem gibt, was das Thema der Raumfinanzierung anbelangt. Und heute haben wir ein weiteres Problem gehört zum Thema der dann schwierigen Kooperation mit den Trägern. Da würde ich gerne noch von Ihnen einmal was hören, wie Sie da die Situation im Moment einschätzen. Und dann haben Sie ja heute eine Pressemitteilung herausgegeben, wo Sie gesagt haben, im Durchschnitt 56 Prozent nehmen an GBS teil. Das seien die Ressourcen, die Sie ja auch eingeplant hätten. Nun haben Sie ja in Ihrer Drucksache mit 50 Prozent geplant. Das heißt, Sie sind ja doch dann etwas mehr als 10 Prozent drüber, wenn ich das richtig rechne. Frage ist sozusagen, wie sieht das eigentlich budgetmäßig aus, reicht das dann am Ende wirklich aus?

Und natürlich auch die Frage, wenn man sich die Spanne anguckt zwischen 18, glaube ich, und 92 Prozent, auch da natürlich die Frage, wie sieht das eigentlich an den Schulen aus, wenn man in der Regel damit geplant hat, dass 50 Prozent am Essen teilnehmen, bei 92 Prozent hat man natürlich eine etwas andere Auslastung dann auch dort der Kantinen, wie sind da Ihre konkreten Erfahrungen. Und das würde mich auch insgesamt interessieren, wie sind eigentlich ..., wie läuft aus Ihrer Sicht das Thema Essen in den Schulen, Sie hatten ja mal von einer neuen Essenskultur gesprochen. Darüber hatten wir uns dann ein wenig auseinandergesetzt, aber die Frage ja schon, zum Beispiel nehmen die Lehrer mit ihren Schülern gemeinsam das Essen ein, ja, nein, das ist ja sehr unterschiedlich. Was sind eigentlich Ihre Vorstellungen dabei, hat die Behörde dort ein Ziel? Was wünscht sie sich oder welches Modell wünschen Sie sich, was natürlich dann auch Auswirkungen eventuell auf die Lehrerarbeitszeit hätte?

Und auch, das Gleiche gilt für das Thema Kooperation in den Stadtteilen. Wie ist da im Moment Ihr Eindruck? Man hat natürlich den einen Träger, mit dem man kooperiert, aber was passiert eigentlich mit all den anderen Angeboten? Haben Sie einen Eindruck, dass die

mit in Schule integriert werden, dass die ihre Angebote komplett verändern, oder sterben diese Angebote einfach aus, welche Rückmeldungen haben Sie dort aus den Stadtteilen?

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Ja, die erste Frage war über die Auskömmlichkeit des Budgets. Ich habe in meiner Pressemitteilung die Prozente angegeben, mit denen die verschiedenen Angebote genutzt werden. Sie haben recht, wir hatten mit 50 Prozent kalkuliert, jetzt sind es 56 Prozent, das ist zunächst einmal sehr erfreulich, weil es zeigt, dass die Eltern und Kinder offensichtlich das Angebot schätzen, aber es ist höher und damit teurer. Umgekehrt ist es so, dass wir in den Rand- und Ferienzeiten mit einer höheren Beteiligung gerechnet haben. Insbesondere haben wir uns, ich sage es beinahe zugespitzt, nächtelang den Kopf zerbrochen, wie wir das bloß sicherstellen können, die Zeit von 6 bis 7 Uhr abzudecken. Das war ein hochgradig mühsamer Prozess, auch in den Gesprächen mit den freien Trägern. Und jetzt stellt sich heraus, da kommt gar keiner. An der Stelle haben wir sozusagen was über. Die Deckung ist mit 15 Prozent dann in den anderen Randzeiten, nämlich 7 bis 8 beziehungsweise 16 bis 17 und 17 bis 18 Uhr auch etwas geringfügiger als kalkuliert. Bei den Ferien kommen wir ungefähr hin. Und deswegen hatte ich geschrieben, insgesamt, also mit Plus und Minus, deckt sich das. Und wir rechnen im Moment damit, dass wir mit den 50 Millionen auf jeden Fall auskömmlich sind, dass wir vielleicht leicht darunter bleiben, können das aber im Moment noch nicht ganz präzise beziffern. Wir haben ja jetzt auch noch gerade Gespräche gehabt wegen der Tariferhöhungen in diesem Bereich, sodass wir da noch nicht alle Parameter zusammengefügt haben. Wir gehen im Moment davon aus, dass das auskömmlich ist.

Dann hatten Sie eher nach meiner persönlichen Einschätzung gefragt, wenn es um das Essen geht. Ich habe da sehr klare Vorstellungen, ich bin nur nicht sicher, ob es klug ist, wenn der Senator allen Beteiligten sagt, wie man essen sollte. Ich will aber trotzdem damit nicht hinterm Berg halten. Erstens hat mich sehr aufmerksam gemacht und auch nachdenklich gemacht, dass bei unserer Befragung an den Pilotstandorten die Kinder selber als Hauptwunsch nicht hatten, mehr Fernsehen oder Computerspielen, mehr Ticken spielen, draußen oder drinnen sein, sondern es soll beim Essen ruhiger sein. Das fand ich, das hat sich bei mir eingepreßt. Das habe ich mir wirklich gemerkt. Und ich habe in vielen Elterngesprächen den Eindruck, da ist noch eine große Baustelle, da muss man etwas tun. Es mag manchmal an der Hallenatmosphäre liegen, aber es ist ..., und es ist sicherlich disziplinarisch auch nicht einfach, aber offensichtlich sind die Kinder selber nicht erfreut über den Lärm, den sie produzieren. Und in dem Zusammenhang halte ich es für fast unabwendbar, dass es vielleicht doch klüger ist, wenn sich Lehrerinnen und Lehrer, so es ihre Zeit erlaubt, oder Erzieherinnen und Erzieher dort nicht als Aufsichtspersonen, sondern auch als Beteiligte im Schulessen mit an den Tisch setzen. Aber das ist eher eine persönliche Vorstellung. Ich darf Ihnen sagen, dass ich das als Lehrer auch immer gemacht habe, ich war dabei keineswegs alleine, sondern es war durchaus üblich, dass das viele machten. Man muss sich mal angucken, wie die Schulpraxis sich dort bewegt. Und sicherlich sollten wir auch selber in Gesprächen mit den Schulleitern in diese Richtung wirken, aber, bei aller Liebe, jetzt in der Einführungsphase hier schon Vorschriften erlassen, das kommt mir jetzt auch ein bisschen nach zu starker Keule vor. Aber im Kern, gerade wenn es um Ruhe geht und um ein vernünftiges Essen, dann scheinen auch die Kinder hier deutliche Wünsche zu haben.

Dann hatten Sie zu Recht angesprochen, weil ich es vergessen hatte, die Frage der freien Träger. Ich will dazu zunächst einmal sagen, dass wir hier ein grundsätzliches Problem haben. Und das grundsätzliche Problem besteht darin, dass die Vertreter von dem Ganztagsschulverband, glaube ich, ja mehrfach darauf hingewiesen haben, dass GBS etwas großzügiger ausgestattet ist, wegen der Schwierigkeiten der Kooperation, als GTS. Bisher war es so, dass die Träger, wenn sie ein Ganztagsangebot gemacht haben, selbstverständlich nach den GTS-Sätzen bezahlt worden sind und davon dann entsprechend

die 85 Prozent bekommen haben. Nach dem neuen Angebot, das erstens großzügiger ist und zweitens hier am Nachmittag einen Träger vorsieht, kriegt der alles. Und das ist damit eine ganz erhebliche Verbesserung. Das Verrückte ist nur, eine Privatschule ist sowieso immer Träger. Sie kann praktisch sämtliche Ganztagsangebote von heute auf morgen als GBS kennzeichnen, was früher GTS war. Das muss man erst mal im Hinterkopf haben, um zu erkennen, dass die Privatschulen hier an dieser Stelle auch bestehende Ganztagsangebote recht zügig und sehr zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil als GBS-Angebote kennzeichnen können und eine ganz andere Finanzierung dann genießen. Das ist die eine Rahmenbedingung. Denn es sind, wie gesagt, freie Träger, auch am Nachmittag.

Das Zweite ist, das wir im Landesrahmenvertrag geschrieben haben, die sollen materiell gleichgestellt werden. Und es gibt in der Tat jetzt aus meiner Sicht auch Beratungsbedarf darüber, was das eigentlich jetzt konkret bedeutet. Wenn jetzt beispielsweise vormittags die katholische Schule XY nachmittags den Träger Caritas hat, dann ist das möglicherweise doch aufgrund des ähnlichen Hintergrundes eine andere und vielleicht auch etwas einfachere Form der Zusammenarbeit, als es wäre, wenn die staatliche Schule XY mit der Kita Pustebume von nebenan anfängt. Und auch diese Besonderheit muss dabei berücksichtigt werden. Auch die Frage nach der Immobilienausstattung muss berücksichtigt werden.

Materiell gleich ausgestattet ist deshalb aus unserer Sicht nicht exakt so zu verstehen, dass die für jede Leistung exakt dasselbe bekommen, sondern dass wir die Leistungen uns genau angucken, die dafür erbracht werden. Und da gibt es in der Tat Gesprächsbedarf. Und da gilt für mich das, was ich allen sage, ob es Gewerkschaften, Interessenverbände und Ähnliche sind, mein Telefon ist bekannt, man ruft mich an, ich treffe mich sofort und dann gucken wir nach Lösungen. Man kann mir das auch über die Öffentlichkeit, über die Zeitung entgegenrufen, das ist eine Methode, über die man nachdenken muss, zumindest sage ich, Gespräche führe ich immer gerne und wir sind hier noch nicht am Ende. Aber Sie haben ja selbst die Kleine Anfrage gestellt und Sie haben gesehen, Herr Heinemann, ein einziges Gespräch hat die katholische Kirche mit mir persönlich geführt. Es war ein Antrittsbesuch und ..., ein Antrittsbesuch, wo wir uns über zahllose Themen ausgetauscht haben. Und danach gab es keine Gesprächswünsche mehr, die an mich herangetragen worden sind. Das hat sich erst nach dem Presseauftritt der katholischen Kirche wieder geändert und wir werden jetzt Wege finden, wie man miteinander klarkommt.

Ich darf zum Schluss sagen, Sie hatten ja angesprochen, dass in einer Kleinen Anfrage geschrieben worden war, ob uns bekannt ist, dass private Schulen diese Angebote nicht machen können, weil sie so schlecht ausgestattet sind. Da haben wir gesagt, nein, das ist uns nicht bekannt. Ich sage es jetzt mal so flapsig, obwohl es ein Wortprotokoll ist, aber man kann das in dem Zusammenhang ja sich genauer angucken. Wir dürfen hier zwei Dinge nicht vermischen. Dass Beteiligte mehr Geld wollen, das will ich nicht leugnen. Ich glaube beinahe, ich wüsste niemanden in der Schulszene, der nein sagt auf die Frage, brauchst du mehr Geld. Aber dass Beteiligte sagen, sie können die Angebote nicht machen, weil das Geld fehlt, das ist in der Tat für uns neu. Und die katholische Kirche hat ja selber entsprechende Angebote eingerichtet, drei GBS-Angebote gehen an den Start. Und deswegen ist das eine Differenzierung, mehr Geld, will ich nicht bezweifeln, das gilt für den Ganztagsschulverband, für den Grundschulverband, für den Schulleiterverband, für alle Verbände. Aber die Frage, ob man keine Schulen, keine Ganztagsangebote einrichten kann, diese Frage können wir in der Tat klar beantworten und die Praxis zeigt ja, dass nicht nur der Katholische Schulverband, sondern viele andere Träger auch solche Ganztagsangebote trotz der aus ihrer Sicht zu geringen Finanzierung auf den Weg bringen.

Bleibt zum Schluss die Frage nach der Kooperation mit der Jugendhilfe, ich hatte bereits gesagt, das ist eine große Aufgabe. Und wenn wir uns jetzt die Realität an den Schulen angucken, dann dürfen wir ein Stück weit auch berücksichtigen, welche vielfältigen Aufgaben auf eine Schulleitung, Schulkonferenz, GBS-Leitung, Hortleitung zukommen: Das Personal

sicherstellen, sicherstellen, dass die miteinander gut zusammenarbeiten, dass sie ein vernünftiges Konzept haben, dass vom Fettabscheider bis zu der Frage, ob die Kantinenstühle laufen, bis zum Mobiliar, manchmal streiten sich Erzieher und Lehrer unter Umständen nur um die Frage, wer hat den Pritt Stift benutzt und warum ist er wieder weg. Das muss alle geordnet und auf den Weg gebracht werden und das in relativ kurzer Zeit. Dass angesichts dieser gewaltigen Aufgabe wir nicht aus dem Blick verlieren wollen, auch die Verzahnung mit dem Stadtteil sicherzustellen, das garantiere ich Ihnen hiermit und deswegen haben wir unsre Abteilung dort auch neu aufgestellt. Wir möchten verbinden dieses Anliegen mit einer Struktur, die von der Bundesregierung zum Teil mitfinanziert wird, die aber auch von der Vorgängerregierung schon implementiert worden ist, nämlich die Regionalen – oh Gott, Sie wissen das selber –, heißen die jetzt RBK, RSK, RGK, ich kriege die schon alle durcheinander.

(Zurufe: RBK, Regionale Bildungskonferenzen!)

– RBK.

Regionale Bildungskonferenzen, die letztendlich dafür da sind, die Vernetzung mit dem Stadtteil herzustellen. Und genau das ist die Nahtstelle, wo wir wunderbar die Jugendangebote mit einbinden können. Und deswegen haben wir das zusammengeführt, weil wir genau das wollen. Ich habe mehrfach gesagt, ich möchte keine Amerikanisierung dergestalt, dass wir am Ende keine Sportvereine mehr haben, sondern nur noch den TuS Grundschule Neuenfelde gegen den SV Grundschule sonst was spielen haben, so, wie es in den USA mir von meiner Tochter berichtet worden ist, sondern die vielfältige Struktur, ob Sportvereine, Jugendangebote, Kulturangebote, soll erhalten bleiben. So weit Ihre vier Fragen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Eine kurze Anmerkung von Herrn Heinemann und dann Frau Dr. von Berg.

Abg. Robert Heinemann: Ja, wegen des Wortprotokolls wollte ich nur noch mal sagen, was ich daraus gefragt habe: „Sind der zuständigen Behörde Finanzierungsschwierigkeiten der einzelnen Träger bei der Umsetzung bekannt?“ Da war die Antwort: „Nein.“ Nicht um die Frage, ob sie überhaupt können oder so, sondern ob Finanzierungsschwierigkeiten bestehen. Und, ich meine, das hat ja nun das „Abendblatt“ gezeigt, die gab es ja offenbar.

Vorsitzender: Frau Dr. von Berg, bitte.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe noch ..., ich möchte mich erst mal ganz herzlich auch bei den, ja, eigentlich Expertinnen und Experten, die da hinten im Publikum sitzen, bedanken. Ich habe sehr aufmerksam zugehört. Ich habe mich heute auch auf den Termin sehr gefreut. Ich habe viel mitgeschrieben und ich denke, wir haben alle Anregungen für die Zukunft auch erhalten, worauf wir achten müssen. Und Herr Senator, vielen Dank auch für Ihre Ausführungen, Sie haben ja auch ganz viel aufgegriffen.

Ich habe erst mal noch eine Anmerkung zum Stichwort Erziehermangel. Da hatten Sie ja ausgeführt, dass es daran liegt, weil GBS nun qualitativ besser ausgestattet wird, ich glaube, also wenn ich das richtig wahrgenommen habe, haben wir den Mangel an Erzieherinnen und Erziehern auch deswegen, weil wir den Krippenausbau vorantreiben, was ja auch richtig ist, und überhaupt den Ganztagsausbau und nicht ..., der ist nicht ..., der Markt ist nicht leergefegt durch die qualitative Verbesserung von GBS, jedenfalls so nehme ich es nicht wahr.

Ich habe noch eine Frage auch, die zielt in die gleiche Richtung, zum Thema Qualität. Da wollte ich Sie noch fragen, ob ich das richtig wahrgenommen habe, von Frau Ellerbeck

wurde nämlich die Frage des Standards im Prinzip oder die ..., wer kontrolliert eigentlich die Qualität, wurde von Frau Ellerbeck aufgegriffen. Da haben Sie gesagt, das ist alles im Landesrahmenvertrag festgelegt. Im Prinzip ist es von Herrn Gröndahl auch noch mal ein bisschen aufgeworfen worden oder aufgegriffen worden. Also meine Frage: Habe ich Sie richtig verstanden, dass im Prinzip die Standards im Landesrahmenvertrag festgelegt sind, dass das deckungsgleich ist?

Dann habe ich noch eine zweite Frage, die hatte ich mir noch aufgeschrieben, das ist noch offengeblieben, das Thema der sozialen Staffelung beim Mittagessen bei den weiterführenden Schulen. Das Thema hatten wir ja schon mal vor, was weiß ich, einem halben Jahr. Da sagten Sie noch, das seien nur höchsten einzelne Fälle. Ich würde gerne wissen von Ihnen, vielleicht können Sie es auch zu Protokoll geben, wie viele Fälle es wirklich gibt. Das, was ich jetzt im Moment wahrnehme, was ich höre, ist, dass es keine Einzelfälle sind, dass es schon einige Fälle sind, die mich doch recht betroffen machen, weil die Kinder tatsächlich in der Schule nicht mehr essen können, weil es den Eltern zu teuer wird.

Und dann habe ich noch mal eine Anmerkung zum Thema GBS, GTS und Verschränkung. Es wird immer ..., so hat es Herr Peters auch dargestellt, dass GTS sich nicht mit Jugendhilfe verschränken kann. Ich habe mir sehr aufmerksam neulich den Bericht in „Hamburg macht Schule“ durchgelesen zur Schule Thadenstraße, war das, glaube ich, die eine Kooperation mit einem Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit vorangetrieben haben, sehr erfolgreich, es war ein ganz, also finde ich, ein toller Artikel, der mir deutlich machte, es geht sehr wohl. Deswegen meine Frage, wenn so etwas in die Wege geleitet wird, da wurde nämlich auch von Kooperationszeiten gesprochen, warum werden solche tollen Projekte nicht auch genauso mit Kooperationszeiten ausgestattet wie die GBS-Projekte oder die GBS-Vorhaben.

Und dann habe ich noch eine Frage einer anderen Art. Und zwar gab es ja den, ist jetzt gerade rausgegeben worden, der Bericht zur Umsetzung des Ersuchens der Bürgerschaft und so weiter aus dem Familienausschuss. Da geht es noch mal um die zweite Runde der Runden Tische. Da würde ich gerne wissen, wie viele zweite Runden gab es eigentlich schon, um tatsächlich ..., das ist ja immer wieder hier aufgegriffen worden, dass die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich auch mit in GBS und auch GTS hineingeholt werden sollen. Und da würde ich gerne wissen, wie viele von diesen Runden gab es eigentlich oder wie viele Schulen haben schon zweite Runden eingerichtet, vielleicht auch mit welchem Ergebnis. Wenn Sie das nicht sofort aus dem Stand sozusagen liefern können, wofür ich volles Verständnis habe, wäre es nett, wenn Sie das zu Protokoll geben könnten. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Senator Rabe, bitte.

Senator Rabe: Zur Anzahl der zweiten Runden Tische, wir haben den Schulen gesagt, bis Ende des Jahres müsst ihr alle einen zweiten Runden Tisch gemacht haben. Wir haben im Moment keine konkreten Zahlen, wir können gerne auch eine Zwischenerhebung machen, das ist zwar sehr aufwendig und wird sicherlich auch von den Schulen als etwas freudlos empfunden werden, umgekehrt wäre es unter Umständen klüger, wenn wir von Ihnen die Zeit bekommen, wenn wir das zum Ende des Jahres machen könnten. Aber da sind wir flexibel. Wir ..., ich sage mal ganz offen, Sie können zur Not ja auch über eine Kleine Anfrage das ohnehin abfragen, wir liefern das gerne so nach, wie Sie es für richtig halten, könnten entweder einen Zwischenstand geben, mit den Schwierigkeiten, oder dann einen Endstand am Jahresende.

Die zweite Frage habe ich nicht richtig verstanden. Es geht um die Kooperation bei der Thadenstraße. Ist ..., Thadenstraße ist doch GTS oder habe ich das jetzt missverstanden?

(Zuruf)

Und was machen die jetzt, ...?

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Also es ging ja darum, es wurde immer wieder gesagt, dass GTS im Prinzip mit niemandem kooperieren muss, weil GTS mit sich selber kooperiert. Schule Thadenstraße macht eben halt was anderes vor.

(Zuruf)

Senator Rabe: – So ist es, aber das wissen Sie dann doch etwas noch genauer, weil diese Begriffe, da bin ich als Schulsenator an meinen Grenzen. – Sag mal genau.

Herr Dr. Bange: Also in der Thadenstraße ... in der Tat so, dass der Träger aus der Familie, also SME, Nachmittagsangebote gemacht hat. Und wir haben aber, um das möglich zu machen, das ein Stück weit subventioniert über noch zur Verfügung stehende PROREGIO-Mittel. Und da die Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen oder nicht generell zur Verfügung stehen, ist das kein Modell, was so in die Fläche gehen kann.

Senator Rabe: Man muss dazu sagen, dass die Thadenstraße mit dem Konzept des Bildungshauses hier ein besonderes Angebot gemacht hat. Allerdings zeigt sich, dass auch schulische Ganztagschulen sehr wohl ihre 20 Prozent Honorarmittel relativ kraftvoll nutzen, um eine Verzahnung mit Sportvereinen oder kulturellen Angeboten, Künstlern und Ähnlichen, in den Schulen sicherzustellen. Wenn wir jedes Mal dafür eine Kooperationszeit geben, dann weiß ich am Ende vor Kooperationszeiten kaum noch die Angebote zu finanzieren. Hier muss man schlicht sagen, dass Schule mittlerweile sehr vielfältig zusätzliche Angebote integriert. Wir haben auch temperamentvoll diskutiert über die Lernhilfe, Sinn und Unsinn. Mit Frau Heyenn bin ich da nicht immer einer Meinung gewesen, das wissen wir beide, aber im Kern ist auch hier die Schule mittlerweile zu einem Unternehmen beinahe geworden, das hier zusätzliche Leistungen einbindet. Das gilt auch für die Fondsmittel und andere Punkte. Jedes Mal angesichts dieser vielfältigen Nutzung noch zusätzliche Kooperationszeiten zu finanzieren, würde aus meiner Sicht auch der ..., erst mal finanziell nicht darstellbar sein, es würde aber auch den Rahmen deshalb sprengen, weil wir zahllose solcher eingegliederten Angebote haben, die nicht Lehrer oder Sozialpädagogen als Angestellte oder Mitarbeiter der Schule selbst sind, sondern die zusätzliche Außenangebote sind.

Dann war noch die Frage Mittagessen weiterführende Schule. Das hatte auch jemand aus dem Publikum gefragt, wann das übertragen wird. An dieser Stelle muss ich aber meine Antwort von vor einem halben Jahr wiederholen. Ich meine, dass Hamburg das erste Bundesland ist, das überhaupt Mittagessen subventioniert nach Einkommen. Es ist ein Riesenfortschritt. Diese Subventionierung gilt für den Grundschulbereich. Und wir müssen viel Geld in die Hand nehmen, um das zu machen. Und manchmal bin ich ..., ich bin ja ein bisschen Kummer ja gewohnt in der Schulpolitik, aber nun macht man mal etwas Gutes und dann wird ..., als einzige Reaktion kommt da: „Und warum haben das nicht auch die Klassen 5 und 6?“ Man könnte auch mal umgekehrt sagen: „Toll, dass es die Klassen 1 und 4 überhaupt haben.“ Sagen ...mir ein Bundesland, wo das überhaupt vorkommt. Und deswegen will ich an dieser Stelle schlicht sagen, hier habe ich einfach eine andere Perspektive. Wir haben jetzt mit etwas begonnen, was deutschlandweit einmalig ist. Es ist ein Beginn. Wie alles in der Politik sind wir in einer langen Linie. Und da kann es durchaus sein, dass es zu späteren Zeiten Spielräume gibt, die wir dann nutzen werden. Aber an dieser Stelle als einzigen Einwand für unsere Subventionierungen zu sagen, aber es betrifft ja nicht die älteren Kinder, das finde ich dann doch der Sache unangemessen.

Ich möchte darüber hinaus darauf hinweisen, dass wir, zumindest an den Grundschulen, wenn wir das Büchergeld damals und die Erfahrungen damit zugrunde legen, dass wir

daraus gelernt haben, dass ein sehr großer Teil der Schülerinnen und Schüler Empfänger ist aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, konkret, ihre Eltern sind bezuschusst, Hartz IV oder Ähnliches, und sie haben deshalb Anspruch auf kostenloses Schulessen. Das gilt selbstverständlich auch an den Stadtteilschulen. Deren Zahl ist nicht gering, ob das 30 oder 40 Prozent ist, kann ich jetzt nicht aus dem Stegreif sagen, aber irgendwo in diesem Bereich bewegt es sich, sodass gerade die Kinder, und zwar eine große Zahl von Kindern, deren Eltern wirklich wenig haben, auf diese Art und Weise ohnehin ein kostenloses Mittagessen bekommen.

(Zuruf: Circa 24 000 Kinder!)

– Aha. Ja, hier kursieren hier jede Menge Zahlen, zwischen 24 000 und 40 000 habe ich jetzt schon gehört. Lassen wir mal lieber weg, das können wir gegebenenfalls aber sicherlich noch genauer darstellen.

Dann bleibt zum Schluss noch mal die ursprüngliche Frage nach der Qualitätskontrolle. An dieser Stelle gilt noch mal, der Landesrahmenvertrag legt bestimmte Schlüssel fest, wie viel pädagogische Stellenanteile es sein müssen pro Gruppe, was dann finanziell damit verbunden ist und so weiter und so weiter. Wir erwarten, dass die Träger diese im Landesrahmenvertrag festgelegten Dinge einhalten, und haben da bisher auch nicht den Eindruck, dass das von den Trägern irgendwie unterlaufen wird. Umgekehrt gilt, die eigentliche Qualitätskontrolle ist hier nicht eine Sache direkt der Schulbehörde, deshalb, weil es sich bei GBS – GBS wohl gemerkt, am Nachmittag – um einen Träger der freien Jugendhilfe handelt. Und deswegen ist hier, das war, das, was wir eingangs gesagt haben und den Elternräten noch mal deutlich machen wollen, die BASFI als Kontrollinstanz zuständig mit ihrer Trägerberatung. Und wenn es hier eben offene Fragen gibt, Probleme, Schlechtausstattung, studentische Hilfskräfte in Überzahl, zu große Gruppen oder was alles theoretisch denkbar ist, dann wäre die BASFI mit dieser entsprechenden Trägerberatung da richtiger Ansprechpartner dafür. Das ist geschuldet eben der Tatsache, dass wir nicht die Träger plötzlich zu Mitarbeitern der Schulbehörde gemacht haben, sondern, und das war ja auch ausdrücklicher Wunsch der Träger, ihre besondere Rechtsstellung hier achten. Ja, soweit zur Qualitätskontrolle.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. – Eine Rückfrage von Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Eine kurze Rückfrage nur. Ist Qualität und Qualitätsstandard das Gleiche für Sie wie Zahlen, Daten, Fakten, Schlüssel? So habe ich das gerade rausgehört. Also, für mich ist Qualität noch eine ganze Menge mehr. Also, viel tiefgreifender. Und ich würde mir wünschen, und ich glaube, das ist auch das, was der LEA immer wieder versucht zu kommunizieren, dass es da wirklich Qualitätsstandards gibt, die nicht nur die Zahlen, also, wie Schlüssel oder so, festlegen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Qualität ist in der Tat mehr. Die Schulinspektion in Hamburg misst auch nicht nur Zahlen und fragt, wie viel Lehrerinnen und Lehrer an der Schule sind und ob die Mauern hoch genug und die Räume groß genug sind. Zunächst einmal ging es darum, die Qualität in Bezug auf die Qualitätskontrolle so festzulegen, dass wir Handhabe haben. Eine Handhabe, wenn etwas nicht vernünftig läuft, braucht Verlässlichkeit, Zahlen und Berechnungen. Qualität muss aus meiner Sicht darüber hinaus aber sein, dass es qualitätsvolle Konzepte gibt. Diese Konzepte sind allerdings – darf ich das ein bisschen blumig so formulieren, mir fehlt im Moment das richtige Wort –, sind eher weiche Kriterien, die man nicht sehr klar so beschreiben kann, dass man exakt das einklagen kann, dass es möglicherweise in einem Fall der Kontrolle durch die BASFI oder Trägerberatung hier zu Sanktionen kommen kann oder Ähnliches. Solche konzeptionellen Qualitätskriterien, die wollen wir in der Tat auch prüfen. Hier überlegen wir, inwieweit wir die Schulinspektion ein Stück weit so aufstellen

können, auch in Zusammenarbeit mit der BASFI, dass wir zukünftig die Qualität von Ganztagsangeboten auf diese Art und Weise mit berücksichtigen. Das ist aber eine Qualitätskontrolle, die jetzt nicht eine theoretische Möglichkeit der harten Sanktionierung hätte, so wie ich auch schlecht sanktionieren kann, wenn der Englischunterricht nicht so richtig läuft in der einen Klasse und in der anderen ist er ganz toll, sondern hier geht es eher darum, anzuleiten, Ideen weiterzugeben und auch Eltern mit so weit zu beteiligen, dass auf diese Art und Weise sich die Qualität weiterentwickelt. Da haben Sie also insofern völlig recht, ich hatte zunächst das nur beschränkt auf die Dinge, die wir kontrollieren und einfordern können und wo es auch eine rechtliche Verbindlichkeit gibt. Diese anderen Punkte wären beispielsweise Fälle von Schulinspektion und ähnlichen Einrichtungen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Ich übergebe jetzt den Vorsitz der Sitzung an Herrn Heinemann, weil ich selber zu einem anderen Termin muss, gedrungen oder gewollt, der steht schon seit 20 Jahren fest. – Und Frau Heyenn ist jetzt als Nächstes auf der Liste. Vielen Dank.

Abg. Dora Heyenn: Ja. Danke schön, Herr Vorsitzender. Auch ich freue mich, dass so viele Hamburgerinnen und Hamburger sich heute die Zeit genommen haben, zu dieser öffentlichen Anhörung zu kommen und die praktischen Probleme vor Ort hier so engagiert vorzutragen. Ich möchte daran erinnern, dass wir das heute auf der Tagesordnung haben, weil die Bürgerschaft eine Große Anfrage der LINKEN hierher überwiesen hat und wir halt in diesem Umfang dann auch darüber diskutieren können, was ich eigentlich ..., was ich auch sehr begrüße. Wir haben damals diese Anfrage gestellt, weil wir natürlich gucken wollten, wie ist das Verhältnis Schule/Kita-Träger, wie ist überhaupt der GBS-Wechsel mit den anderen Trägern, wie funktioniert es vor Ort, wo hakt es vor Ort. Wir haben sehr viel in der Vergangenheit über die Kooperation zwischen Schule und Träger gesprochen. Jetzt sind Kooperationszeiten eingeführt worden, was wir auch sehr begrüßen. Ich selbst war auch in der Lutterothstraße und habe mich schlaugemacht, wie das dort funktioniert mit der GBS. Da ist mir natürlich was ganz anderes gesagt worden als das, was hier vorgetragen wurde, das passiert einem aber öfter. Aber ich begrüße auch sehr, dass es so eine Beschwerdestelle gibt, dass dann auch den einzelnen Beschwerden nachgegangen wird.

Nun ist diese Anfrage ja schon zehn Monate alt, in der Zwischenzeit hat sich eine ganze Menge getan. Es ist davon gesprochen worden, wir haben ja eine rasante Entwicklung, und ich glaube, das Thema Kantinen und Essen und Verpflegung wird uns noch eine ganze Zeit begleiten, weil es da an der einen oder anderen Stelle immer wieder hakt und man da durchaus auch noch mal nachfragen muss, ob das alles so gut ist. Uns ist wichtig, dass die Eltern und die Kinder bei der Umstellung keine Nachteile haben. Es ist ja hier auch angeklungen worden, dass einige das erleben und auch befürchten, und das finden wir ganz wichtig, dass das nicht der Fall ist.

Ich möchte jetzt nur noch auf zwei Punkte zurückkommen. Alles andere ist ja schon weitgehend hier auch besprochen worden und ausdiskutiert. Ich war noch mal sehr beeindruckt von der Wortmeldung über die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Das ist ja eigentlich ein ganz altes pädagogisches Konzept. Und immer dann, wenn Jugendliche und Kinder Probleme haben, dann potenzieren sich diese Probleme ja eigentlich, wenn die Schule zu Ende ist, und da gibt es ja schon eine ganz alte pädagogische Forderung, dass Jugendhilfe und Schule zusammenarbeiten müssen, um dort im Grunde gemeinsam etwas zustande zu bringen. Nun ist gesagt worden, dass diese Kooperation nicht gut funktioniert, dass es da auch noch einen Ressourcenbedarf gibt. Der Herr Senator hat gesagt, da gibt es jetzt auch Gespräche und am Runden Tisch wird das noch mal gemacht und es gibt eine extra Arbeitsgruppe. Da hätte ich natürlich gerne gewusst – ich habe das wenig konkret bisher erlebt, weder aus dem Publikum noch von Ihnen –, an welcher Stelle hakt es denn bei der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe. Oder, anders gefragt: Was hat denn der Senat oder die Schulbehörde im Kopf, wie man diese

Kooperation verbessern könnte, die ja wirklich unglaublich viel bewirkt, wenn man an die einzelnen Jugendlichen denkt?

Und das Zweite, jetzt komme ich doch noch mal zurück auf die Verpflegung und auf das Kantinenessen, das haben wir hier auch schon öfter im Schulausschuss besprochen, die Kosten für das Schulessen, ... hängt ja auch so ein bisschen daran, wie viel Schülerinnen und Schüler daran teilnehmen, und wir haben auch schon öfter drüber gesprochen, dass in vielen Schulen, ich sage mal, wo es 100 Lehrer gibt und 1 000 Schüler, da essen mehr Lehrer in der Kantine als Schüler. Es ist ja mehrfach auch darauf hingewiesen worden von Senatsseite, dass da irgendwie was gemacht werden soll. Da hätte ich gerne gewusst, ist die Entwicklung, was die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern am Schulessen anbetrifft, verbessert sich die Quote und gibt es da irgendwelche Initiativen, wie man das in Zukunft verbessern kann.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Zunächst einmal zur Kooperation Schule und Jugendhilfe. Bei den GBS-Modellen ist es so, dass diese Kooperation ausschlaggebend gesteuert wird von dem Träger des Nachmittags. Und wir haben hier auch manchmal unsere eigenen und manchmal durchaus seltsamen Erfahrungen gemacht. Solange der Träger des Nachmittags noch nicht feststand, sondern vor Ort einer von vielen war, wurde laut gerufen, dass derjenige, der den Zuschlag bekäme, dann aber bitte mit allen anderen schön zusammenarbeiten möge. Und in dem Moment, wo ein Träger dann den Zuschlag für den Nachmittag bekommen hat, wäre er derjenige, der mit seinen Partnern in der Jugendhilfe zusammenarbeiten muss. Das passiert häufig, aber nicht regelhaft und immer. Das zeigt auch ein Stück weit, dass es jetzt nicht nur schulische Steuerung ist, sondern dass wir auch die Träger der GBS-Angebote daran erinnern müssen, dass sie selber berufen sind und aufgerufen sind, mit eigentlich ihren Partnern, ihresgleichen, im Stadtteil solche Kooperationen anzustreben.

Das zeigt sich ja gerade durch die Verbände, weil sowohl die offenen Jugendangebote im Stadtteil als auch die GBS-Träger häufig von demselben Verband vertreten werden und hier insofern eigentlich strukturell eine gewisse Nähe vorausgesetzt werden kann, die trotzdem nicht regelhaft dazu führt, dass diese Zusammenarbeit mit offenen Armen von beiden Seiten gesucht wird. Das ist auch einfach zu erklären, denn es geht um Geld. Und zwar das pädagogische Budget, das einerseits im GBS-Bereich ist, und andererseits die Ausstattung der offenen ..., der Angebote der offenen Jugendhilfe beispielsweise, die im Stadtteil ja eigentlich auch ihre Angebote haben. Wir haben zwischen unseren Behörden häufig darüber gesprochen, wer da eigentlich was geben müsste. Und wir müssen auch sagen, das müssen die Beteiligten hier ein Stück weit miteinander klarkriegen, weil wir in der Tat häufig im Stadtteil Angebote der offenen Jugendhilfe haben, die für sich auch finanziert sind. Und deswegen ist hier eigentlich auf beiden Seiten eine Möglichkeit geschaffen, die genutzt werden muss.

Diese Nutzung liegt direkt zwar in den Händen des GBS-Trägers, aber Schule kann sich daran ja beteiligen, das mit anzuschieben, Vorschläge zu machen und auf den Weg zu bringen. Ich sage es unverblümt, ein Schulleiter, eine Schulleiterin darf, rein juristisch, den GBS-Träger nicht zwingen, eine bestimmte Kooperation einzugehen. Das ist die juristische Lage. In der Tat ist es aber hier keine Frage juristischer Anordnung, sondern vernünftiger Zusammenarbeit. Und deswegen sind wir hier ein Stück weit auch weggegangen von der rein formalen Ebene und haben gesagt, wir wollen über diese Runden Tische, dass Schule und GBS-Träger sich mit den Angeboten im Stadtteil zusammensetzt. Mal ganz unabhängig davon, wer dann am Ende die letzte Unterschrift leisten muss, sollen die das gemeinsam machen. Und wir haben die Schulen dazu aufgefordert, einige haben das sofort und vorbildlich gemacht, andere lassen sich Zeit und wieder andere lassen sich zu viel Zeit. Und deswegen haben wir von der Schulbehörde aus die Überlegung, nicht nur zu sagen, ihr müsst aber und Briefe schreiben und Appelle und alle Schulleiter einladen und das noch

einmal erklären, das haben wir alles gemacht. Wir haben auch vorbildliche Schulen berichten lassen, wir haben Patenschaften, wo die sich das erzählen, wie das geht. Wir haben mehrfach, Frau Schwier hat mehrfach die Schulleitungen zusammengerufen, dann gab es Info- und Kontaktbörsen, dann standen die da vor verschiedenen Plakaten und Infotischen und haben über ihre Arbeit berichtet, um alles weiterzugeben. Das läuft sowieso alles.

Aber wir waren doch der Auffassung, wir müssen auch von der Behörde noch ein Stück weit stärker hier, wie soll ich mal sagen, gemeinschaftsstiftend in diesen Prozess eingreifen. Und daraus ist die Idee entstanden, die Regionalen Bildungskonferenzen, die schon eingeführt sind und die vielfältige Aufgaben der regionalen Bildung, sage ich mal, erörtern, in ihrer Arbeit ein Stück zu fokussieren auf die Frage, wie können wir konkret in der Region, jetzt nehme ich irgendein Beispiel, was weiß ich, Rahlstedt, die Zusammenarbeit zwischen den vielen Angeboten der offenen Jugendhilfe und den GBS-Angeboten koordinieren, wie können wir da Ideen entwickeln. Und deswegen ist von uns aus die Idee entstanden, dass wir genau diese Regionalen Bildungskonferenzen in dem GBS-Bereich angliedern und dass wir hier mit tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der Spitze auf diese Art und Weise noch zusätzlich diesen Prozess mit anschieben. Es ist eine weitere Maßnahme, um das zu gewährleisten.

Aber ich sage Ihnen, wir haben da bereits ein ganzes Maßnahmenbündel gemacht, ich bin mehrfach selber auch Begrüßungsredner gewesen bei den ganzen Kontaktbörsen und ..., die da rauf und runter stattgefunden haben. Also, da läuft schon sehr, sehr viel. Und hin und wieder höre ich zwar auch Klagen, aber wenn man den Punkten nachgeht, dann ist man manchmal auch als Senator beschämt, das will ich ganz offen sagen, wenn ich da mit einer Haltung hineingehe, das läuft ja schon wieder nicht, was kann denn ..., das kann ja alles nicht wahr sein, und dann vor Ort merke, mit welchem Elan vielfältig daran schon gearbeitet wird und was da auch alles geleistet wird, sodass ich ganz offen sage, die Bereitschaft ist riesengroß, die Bemühungen sind auch riesengroß, wenn das noch nicht so weit gekommen ist an der einen oder anderen Stelle, wie man es sich vielleicht wünscht, dann liegt es an den mannigfaltigen Aufgaben, die die Schulleitung und die GBS-Träger gemeinsam zu bewältigen haben, von der fehlenden Kuschelecke bis zur Frage, ob die Chipkarte denn nun endlich lesbar ist, damit das dort sozial einprogrammierte Essen vernünftig bezahlt wird, und so weiter und so weiter.

Die zweite Frage, die Essensbeteiligung erhöhen. Frau Heyenn, ehrlicherweise, Wortprotokoll hin oder Wortprotokoll her, das ist jetzt ein bisschen spät, um einfach irgendwie draufloszureden. Und deswegen sage ich Ihnen offen, da zerbrechen wir uns zwar den Kopf drüber und wir reden mit Schulleitungen, aber ein Maßnahmenbündel, wie man das machen könnte, kann ich Ihnen im Moment nicht präsentieren. Ich wünsche mir, dass die Essensbeteiligung deutlich höher wird, ich habe selber über meine Tochter ständig vor Augen, wie ganze Karawanen in das gegenüberliegende Einkaufszentrum pilgern, um sich dort bei Kamps zu versorgen, statt verflüxt noch mal das nach allen Kriterien des Deutschen Verbandes für Schulernährung da hingestellte Essen zu essen. Ich weiß es auch nicht, diese Essenskultur zu verändern, ist ein dickes Brett, das man da bohren muss. Dass wir natürlich daran viele Maßnahmen haben, will ich nur im Nebensatz erwähnen. Ich verteile jede Menge wunderschöner Plexiglasschilder „Gesunde Schule“, die letztendlich nur dann verteilt werden, wenn das Thema Schulernährung rauf und runter im Unterricht behandelt worden ist – da ist immer so eine orange Mohrrübe drauf –, und ich sehe diese vielfältigen Initiativen des Landesinstituts der Fortbildung und so weiter. An den Lehrerinnen und Lehrern liegt es eigentlich nicht. Es liegt an einer veränderten Essenskultur, und solche Kultur insgesamt zu verändern, da ist Schule möglicherweise nur ein Beteiligter.

Vorsitzender: Frau Dr. Leonhard.

Abg. Dr. Melanie Leonhard: Ja. Vielen Dank. Meine Frage bezieht sich noch mal auf, auch von Frau Heyenn und anderen angesprochen, auf das Kooperationsthema. Sie hatten

geschildert umfangreiche Maßnahmen, die Sie ergriffen haben, um den Kooperationsprozess vor Ort bei GBS in Gang zu bringen. Zweiter Runder Tisch, die AG, die sich innerhalb der Schulbehörde gegründet hat, oder die extra Arbeitsgemeinschaft, die Sie in Dienst gesetzt haben, die für eine möglichst umfassende, umfängliche Einbeziehung des Sozialraums bei der Durchführung des zweiten Runden Tisches zu sorgen. Meine Frage bezieht sich jetzt auf den Kooperationsprozess, wenn ein GBS-Partner und ein weiterer Partner gefunden sind. Da wird vielfach an uns herangetragen, und das ist anders, nehme ich anders war, als das bei den öffentlichen Äußerungen angeklungen ist, dass es nicht so ist, dass die Schule da keine Möglichkeit mehr hätte zu steuern, sondern dass es eher umgekehrt sei. Welche Möglichkeiten haben denn sozusagen die GBS-Träger, die Hortträger, die, ja, finanzierte Kooperationszeit einzufordern? Gibt es da auch extra Ansprechpartner? Ist da die Schulbehörde federführend? Oder welche Möglichkeiten gibt es da? Mein Eindruck ist nämlich nicht, dass sozusagen die Schule zu wenig Möglichkeiten hat, Einfluss zu nehmen, sondern dass es eher so ist, dass an der einen oder anderen Stelle der GBS-Träger, wenn zum Beispiel das Angebot von mehr Kindern, als ursprünglich angedacht, in Anspruch genommen wird, was ja ein ausdrücklicher Wunsch ist, was wir auch ausdrücklich begrüßen, das sich sehr schwierig gestaltet, zum Beispiel über zusätzliche Räumlichkeiten, zusätzliche Möglichkeiten im Nachmittag dann mit der Schule ins Gespräch zu kommen.

Vorsitzender: Herr Senator.

(Zuruf)

Senator Rabe: – Ja. Gut. Ich würde lieber jetzt kurz an Frau Schwier weitergeben und dann gegebenenfalls noch was ergänzen.

Frau Schwier: Ja. Also, für die Kooperation zwischen Schule und dem Träger, so habe ich Sie verstanden, gibt es, um die Gestalt der Zeiten einzuhalten, gibt es WAZe, sogenannte Wochenarbeitszeitkontingente, für die Schulen und Geld für die Träger. Und natürlich gibt es an der einen oder anderen Stelle da noch Schwierigkeiten der Abstimmung, wie das auf gleicher Augenhöhe passieren sollte. Aber ich denke, wir sind da ganz gut im Lauf, dass Schulen tatsächlich mit den Trägern gemeinsam überlegen, wie werden die Räume vernünftig genutzt, welche Räume stehen zur Verfügung, wenn mehr Kinder in den Nachmittagsbereich aufgenommen werden, und wie kann man das optimal gestalten. Aber das ist natürlich ein Prozess, an dem auch alle noch, alle Beteiligten noch lernen müssen.

Senator Rabe: Aber, ich darf kurz ergänzen, zunächst einmal, wenn der Nachmittagsträger sich verzahnt, dann hat der Nachmittagsträger das Geldbudget und die Hoheit über diese drei Stunden von 13 bis 16 Uhr oder gegebenenfalls sogar bis 18 Uhr, was dort passiert. Deswegen ist er letztlich der Entscheider. Die Schule kommt ins Spiel, weil sie beide gemeinsam ein pädagogisches Konzept erarbeiten sollen und weil sie bei diesem pädagogischen Konzept ... Wenn die Schule ein Sportkonzept macht, dann macht es keinen Sinn, das gesamte pädagogische Budget für Musiklehrer auszugeben. Und in diesem Moment ist sozusagen eine gemeinsame Planung da. Ich verstehe Sie jetzt so, als ob es Träger gebe, die am Nachmittag jetzt die Nachmittagsangebote gestalten und die vielleicht mit einem außerschulischen Träger zusammenarbeiten wollen, aber die Schule untersagt das, weil sie nicht die Räume zur Verfügung stellt. So habe ich das im Moment verstanden. Das ist ein Fall, den ich so zwar noch nicht gehört habe, aber grundsätzlich schließe ich überhaupt nichts aus bei 200 Schulen. Dann würde ich dem sonst gegebenenfalls nachgehen. Sonst würde ich Sie bitten, das noch mal zu präzisieren.

Vorsitzender: Frau Leonhard.

Abg. Dr. Melanie Leonhard: Ja. Ich präzisiere das gerne noch mal. Dann ist das falsch rübergekommen. Es geht um solche Fragen, wenn alles schon vereinbart wurde, man hat

sich auf den Weg gemacht gemeinsam, das Konzept ist auch gemeinsam erarbeitet worden, und dann ergibt sich ja manchmal unterjährig, dass das GBS-Angebot sehr viel besser angenommen wird, als ursprünglich angedacht, mit anderen Worten, sehr viel mehr Kinder im Nachmittag sind, als man dachte, als man sich auf den Weg gemacht hat. Und wenn dann, ich sage mal, und es ist ja überall angeklungen und wir wissen ja auch, dass es eine Zeit dauert, bis es sich eingespielt hat. Also, wir wissen ..., ich begrüße das ausdrücklich, dass Sie auch darüber nachdenken, die Schulinspektion vielleicht weiterzuentwickeln für solche Fragen. Wenn dann im laufenden Prozess die Kooperationszeiten nicht so stattfinden oder nicht so von ..., genutzt werden, wie sich der Hortträger das aus pädagogischen Gründen wünscht seitens der Schule, welche Möglichkeiten gibt es da im laufenden Prozess, auch Beratungsleistungen einzufordern?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Also, dann sind die Schulaufsichten zuständig, die sich mit solchen Fragen auseinandersetzen müssen und sich auch dann moderierend einmischen müssen. Ich will auch noch mal deutlich machen, die Schulbehörde hat, wenn ich es richtig sehe, 18 000 Vollzeitäquivalente Lehrer beziehungsweise 21 000 Personen, und Konflikte, Abstimmungsschwierigkeiten, Personalratsauseinandersetzungen, Stundenplangeschichten rauf und runter, ein solches großes Feld wie die Schule hat natürlich jede Menge möglicher Konflikte und Sollbruchstellen. Und dafür gibt es aber klare Regularien. Wir hatten deshalb auch im Vorfeld im Rahmen des Landesrahmenvertrages und in Beziehung mit dem Rechtsstatus dafür gesorgt, dass das gesamte Konzept GBS eingebunden ist in diese schulischen Konfliktlösungsvarianten. Und dazu zählt, dass die Schulaufsichten, also die Schulräte, wie man sonst landläufig sagt, sich in solchen Fällen moderierend einmischen, und wenn das nicht klappt, geht das hoch. Die Nächste ist dann Frau Schwier, die da oben drübersteht, und gegebenenfalls besucht das Herrn Rosenboom, das Problem, und zum Schluss landet es beim Staatsrat und bei mir. Diese Rhythmen haben wir. Und ich darf Ihnen ganz offen sagen, deswegen fiel mir eben schon was ein bei Kielortallee – ich verwechsle das immer mit Kielkoppel, das ist eine Förderschule, verflixt – Kielortallee. Ich kann Ihnen noch drei weitere Schulen auswendig aus dem Kopf sagen, wo auch schon die Probleme selbst mich erreicht haben, dann bemühen wir uns, auf diese Art und Weise solche Probleme zu lösen.

Vorsitzender/Abg. Robert Heinemann: Hat sich das damit erledigt? – Wunderbar.

Eine Frage noch von meiner Seite. Sie übernehmen ja für Leistungsberechtigte auch den Ein-Euro-Selbstkostenbeibehalt für das Mittagessen. Nun haben mir Caterer erzählt, das führt teilweise zu der Situation, dass dann sozusagen bei der Frage, melde ich mich für das Essen an oder melde ich nicht an, bei denjenigen, die selber zahlen müssen, sehr sorgfältig gesagt wird, gut, heute bin ich nicht in der Schule, heute melde ich mich ab, morgen will ich gar nichts essen, da melde ich mich auch ab, und übermorgen melde ich mich wieder an, während diejenigen, die keinen Eigenbeitrag leisten müssen, durchgehend angemeldet bleiben und am Ende entsprechend Essen übrig bleibt beziehungsweise die Caterer manchmal natürlich auch dazu übergehen, das entsprechend schon einzukalkulieren und dann entsprechend weniger Essen kochen. Haben Sie entsprechende Erfahrungen, gibt es dort sozusagen Überlegungen, das vielleicht auch entsprechend anders zu steuern? – Herr Senator.

Senator Rabe: Herr Gleim.

Herr Gleim: Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter, das darf natürlich nicht sein, ich glaube, da sind wir uns einig. Und wir haben unsere Regularien so gestaltet, das ist ein Teil der Auseinandersetzung, die wir mit dem Datenschutzbeauftragten hatten, dass wir eine Revisionsmöglichkeit haben. Es darf dieses Geld nur geben für ein Essen, das auch eingenommen worden ist. Punkt. Jetzt haben wir alle schon mehrfach angesprochen, dass

wir uns in einem Übergangsprozess befinden. Wir haben ..., wir wissen alle, dass bei der Größe des Hamburger Schulwesens es natürlich irgendwo mal schief laufen kann, das ist klar. Aber wir legen sehr großen Wert darauf, dass die Abläufe so gestaltet sind, dass solche Mitnahmeeffekte, die wir alle nicht wollen, nicht geschehen können.

Vorsitzender: Ja. Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass beide Ausschüsse Kenntnis genommen haben von der Drucksache und dass wir der Bürgerschaft dann entsprechend über die Anhörung, unsere heutige Beratung, entsprechend beraten.

Dann ist damit die gemeinsame Sitzung von Familienausschuss und Schulausschuss entsprechend beendet. Wir machen eine Pause. Für den Schulausschuss, sicherlich auch für den Familienausschuss, haben wir nebenan, glaube ich, ein kleines Catering aufgebaut. Und wenn Sie möchten, sind Sie alle herzlich eingeladen, auch noch zu der wunderbaren Beratung vom Haushalt 2012 und 2013, aber das sind nur Nachtragsdrucksachen, noch hierzubleiben. Aber ich sage, glaube ich, nicht zu viel, so spannend wird es nicht mehr. Ansonsten wünsche ich Ihnen einen wunderschönen Feierabend. Kommen Sie gut nach Hause und wir beraten hier in einer Viertelstunde, also um 19:45 Uhr, weiter. Danke schön.

Zu TOP 2

Vorsitzender: Wir kommen dann zum zweiten Tagesordnungspunkt, Drucksache 20/5434, Haushaltsplan 2011/2012, den Nachbewilligungen. Mal gucken, sonst gebe ich ... Da der Staatsrat ja früher Finanzstaatsrat war, kann er sonst vielleicht einführen. – Wunderbar. Ich habe schon den zweiten Tagesordnungspunkt gerade aufgerufen. Herr Senator, wollen Sie einmal einführen in die Drucksache, wenn Sie mögen, den Nachtrag 2011/2012.

Senator Rabe: Ja, hier geht es um Nachbewilligung für den laufenden Haushalt. Ich hatte bereits auf der Sitzung des Schulausschusses, die sich mit dem Haushalt beschäftigt hatte, auf die einzelnen Positionen hingewiesen. Wir haben in 2012 nachträglich eine Reihe von Bedarfen identifiziert, wo wir in der Finanzierung mehr Geld brauchen. Der größte Anteil davon betrifft die Schulen in freier Trägerschaft, oder Privatschulen auch genannt, hier hatte die Vorgängerregierung gesagt, sie wolle die Mittel für die Privatschulen um 7 Millionen Euro absenken. Wir haben diesen Haushalt übernommen und schon damals hatte ich Ihnen gesagt, dass wir, anders als die Vorgängerregierung, gerne einen Konsens mit den Privatschulen eingehen wollen und diese Absenkung nicht vollziehen wollen.

Das, übrigens, fällt mir erst jetzt richtig ein, Herr Heinemann, hätte ich vorhin schon mal sagen dürfen, als es um die Frage ging, ob wir die Privatschulen eigentlich schlechter stellen. Wir haben hier 7 Millionen nachgebessert und das ist der eine Grund, warum uns diese 7 Millionen fehlen, denn die Vorgängerregierung hatte diese Absenkung vorgenommen und die fehlten auch im Haushalt bereits. Das ist der größte Brocken. Darüber hinaus hat die Bundesregierung, was von uns begrüßt wird, das Schüler-BAföG geändert. Das bedeutet allerdings auch eine Kofinanzierung durch die Hamburger Schulbehörde, auch hier sind Mehrausgaben angefallen. Zusätzlich ist es so, dass wir bei der Schulbegleitung von Schülerinnen und Schülern mit speziellen Behinderungen einen deutlichen Anstieg haben. Hier geht es darum, dass die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer häufiger als bisher bei Schülern mit Behinderungen einfordern jemanden, der diese Schülerinnen und Schüler im Unterricht und im schulischen Leben begleitet. Und hier haben wir ein zusätzliches Problem, nicht nur eine deutlich gestiegene Anforderung oder eine deutlich gestiegene Anspruchshaltung, sondern auch eine Veränderung in der Struktur der Hilfsmaßnahmen. Früher gab es hier sehr viele Zivildienstleistende, die eingesetzt worden sind, die gibt es jetzt nicht mehr. Der Bundesfreiwilligendienst einerseits, das Freiwillige Soziale Jahr andererseits reichen nicht aus, um das zu kompensieren, sodass wir hier auch häufiger auf professionelle

Angebote zurückgreifen müssen. Das führt zu einem deutlichen, ganz ungewöhnlich starken Anstieg in diesem Bereich, ein Anstieg, den wir aber auch deutlich machen müssen als ein Thema der Inklusion. Ursprünglich, glaube ich, waren rund 1,2 Millionen im Haushalt dafür eingestellt, wir brauchen hier mehr Geld, und deswegen ist das hier ebenfalls ein Thema unserer Nachforderungen. Das ist der dritte große Bereich.

Darüber hinaus erwähne ich nur, dass wir auch die Frage der Schülerfahrgelder noch einmal aufgeführt haben. Hier hatten wir damit gerechnet, dass ein größerer Teil der Schülerinnen und Schüler diese Leistung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung erstattet bekommt. Tatsächlich ist es aber so, dass wir gleichzeitig auch den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert haben und gesagt haben, wir in Hamburg wollen daran kein Geld verdienen, dass die Bundesregierung jetzt zusätzliche Leistungen bezahlt, wir erweitern den Kreis der Anspruchsberechtigten. Und in dieser Mischkalkulation ist es doch ein Stück weit stärker zu unseren Ungunsten ausgegangen. Das, was die Bundesregierung übernommen hat, ist nicht so hoch, wie das, was wir durch Erweiterung des Anspruchsberechtigtenkreises bezahlen müssen. Insgesamt sind dadurch zusätzliche Gelder nötig für den Haushalt 2012, diese Gelder möchten wir finanzieren aus Bereichen unserer eigenen Behörde, in denen die Gelder nicht so abgeflossen sind, wie wir gedacht haben. Hier geht es insbesondere um die Baumittel für die Hamburger Berufsschulen. Bei den Hamburger Berufsschulen sind wegen der anstehenden sogenannten HIBB-Tranche, die eine ganz gewaltige Umbaumaßnahme für die Berufsschulen bedeutet, eine ganze Reihe von Bauprozessen, die ursprünglich vor längerer Zeit mal geplant worden ist, so nicht realisiert worden, weil sich zeigt, dass wir zunächst einmal die HIBB-Tranche vernünftig in das Gesamtkonzept einpassen müssen. Daraus ergeben sich finanzielle Spielräume und diese finanziellen Spielräume wollen wir nutzen, um damit gegenzufinanzieren. Das ist im Kern die Zusammenfassung dieser Ergänzungsdrucksache, das heißt also, die Schulbehörde finanziert lediglich um und die Leistungen, die sie finanziert, sind, glaube ich, hoffentlich weitgehend hier konsensual. Es ist sicherlich vernünftig, Schüler-BAföG zu bezahlen, es ist sicherlich vernünftig, mehr Schülerinnen und Schülern Fahrgeld zu geben, und wir glauben, es ist auch vernünftig, die Schulen in freier Trägerschaft vernünftig auszustatten.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Ich habe einen Hinweis noch für Herrn Giß vergessen. Der Haushaltsausschuss tagt wohl bereits am 27. November und da war der Wunsch, glaube ich, dass wir ein Wortprotokoll auch für die Tagesordnungspunkte 2 und 3 machen. Besteht aus Ihrer Sicht dort ein Widerspruch dagegen? – Dem ist nicht so. Wunderbar. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Frau Heyenn.

Abg. Dora Heyenn: Danke schön. Fangen wir mal hinten an. Also, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten für Schülerfahrgeld erweitert worden ist, das begrüßen wir, wir begrüßen auch, dass die Kosten für die Schülerbegleitung, dass die hochgesetzt werden, weil der Bedarf ja wirklich steigt, das höre ich ja auch in Gesprächen, und dass man das Schüler-BAföG raufsetzt, ist auch eine Selbstverständlichkeit. Wo wir nicht folgen können, ist bei diesen 7 Millionen. Wir finden nach wie vor, dass die Argumentation des schwarz-grünen Senates, dass die Schülerkostensätze nicht dort ansetzen können, wo die staatlichen Schülerkosten sind, weil die Aufgaben, die in den privaten Schulen erledigt werden, nicht immer unbedingt vergleichbar sind mit denen in den staatlichen. Ich sage einfach nur erstens mal das Wort Inklusion, es wird an den Privatschulen viel weniger Inklusion gemacht, teilweise gar nicht, als im Verhältnis zu den staatlichen Schulen. Ich erinnere an die Kleine Anfrage von dem CDU-Abgeordneten Haufler, der festgestellt hat, dass an den Privatschulen, insbesondere an den Waldorfschulen, so gut, wie gar keine Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund stattfindet. Und da gibt es noch andere Punkte mehr. Und deshalb können wir uns dem nicht anschließen, dass diese 7 Millionen, wie ursprünglich vom schwarz-grünen Senat überzeugend aus unserer Sicht dargestellt, jetzt noch mal nachbewilligt werden. Da sind wir dagegen, deswegen enthalten wir uns. Und ich habe

grundsätzlich eine Frage, wie das möglich ist, dass Investitionskosten aus der HIBB-Tranche jetzt hier mit solchen Kosten verrechnet werden.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Gut, über die Privatschulen haben wir uns ja ausgetauscht. Es handelt sich nicht um Investitionskosten aus der HIBB-Tranche, aber ich würde gerne Herrn Dr. Bohlen bitten, noch einmal zu erläutern, der Titel, aus dem wir das entnommen haben, wie dieser Titel präzise einzuschätzen ist.

Herr Dr. Bohlen: Herr Vorsitzender, Frau Abgeordnete Heyenn, die Finanzierung, die hier dargestellt wird, ist eine ganz übliche in Nachforderungs- oder Ergänzungsdrucksachen, dass quasi da die Titel, die den Mehrbedarf ausweisen, entsprechend angehoben werden – das ist ja in der Anlage der Drucksache auch dargestellt – und dass die Finanzierung nicht irgendwie direkt aus einem HIBB-Wirtschaftsplan kommt oder Ähnliches, sondern durch eine Absenkung des Zuschusstitels an das HIBB, so, weil dort eben ein geringer Bedarf für Miete besteht. Insofern gibt es hier ein völlig übliches Verfahren der haushalterischen Abbildung der Finanzierung dieser Mehrbedarfe.

Senator Rabe: Ich darf ergänzen, es handelt sich sozusagen nicht in dem Sinne um Investitionskosten, sondern um Mieten, die wir bezahlen an das ..., die das HIBB bezahlt an Schulbau Hamburg, und insofern hier diese manchmal in der politischen Diskussion wichtige Unterscheidung zwischen Investitionskosten und Betriebsmitteln so nicht greift.

Vorsitzender/Abg. Robert Heinemann: In dem Fall eine Frage von meiner Seite noch mal zu den Schulen in freier Trägerschaft. Ich meine, wir dürfen auch nicht ganz vergessen, dass man ja in der Zeit der CDU-Regierung dann doch den Zuschuss an die Schulen freier Trägerschaft deutlich, deutlich erhöht hat, auch was die Prozentsätze dort anbelangt. Aber was diese 7 Millionen anbelangt, würde mich in der Tat noch mal was interessieren, weil, damals war Aussage der Schulbehörde, dass man mitnichten jetzt irgendwie eine Absenkung der Prozentsätze plant oder von irgendwelchen Leistungskürzungen die Rede war, sondern das würde sich quasi rechnerisch ergeben, so war jedenfalls damals die Aussage der Schulbehörde, aufgrund von irgendwelchen Veränderungen, Verschiebungen und so weiter. Mich würde aber einmal interessieren, was hinter diesen 7 Millionen damals gesteckt hat. – Herr Senator.

Senator Rabe: Was hinter den 7 Millionen ...?

Vorsitzender/Abg. Robert Heinemann: Was hinter den 7 ..., also was nach Kenntnis der Schulbehörde, sozusagen, wie man nach Kenntnis der Schulbehörde – waren ja wahrscheinlich nicht nur Sie beteiligt, also Sie damals nicht, aber Fachbeamte in der Behörde beteiligt –, wie man sozusagen auf diese 7 Millionen gekommen ist, was dahinter gesteckt hat.

Senator Rabe: Gut. Es ist schon – auch mit Wortprotokoll kann ich mir das nicht verkneifen – ein bisschen spaßig, dass Sie jetzt Ihr eigenes Regierungshandeln aufklären wollen, aber wir werden das gerne versuchen hinzukriegen, und deswegen übergebe ich an Herrn Gleim.

Herr Gleim: Herr Vorsitzender und Herr Vorsitzender, gegenwärtiger Vorsitzender, es gab die Erwartung in der zuständigen Behörde, dass durch eine Reihe von Maßnahmen, die im Kern im Einvernehmen mit den Schulen in freier Trägerschaft angepeilt werden sollten, eine Entlastung des Haushaltstitels in dieser Höhe möglich sei, möglich sein werde. Das Ganze geschah im Kontext von Haushaltsberatungen des Senates. In diesem Kontext ist unter anderem vorgesehen gewesen, das vulgo Weihnachtsgeld – ich weiß nicht, wie das ..., ich bin kein Dienstrechter, wie das offiziell heißt – völlig auf null abzusetzen, was dann ja im

Ergebnis später nicht geschehen ist für die meisten Beschäftigtengruppen. Es gab diese Erwartung, die Behörde hat in dem Haushaltsplanungsprozess, der damals ablief, entsprechende Absenkungen vorgenommen, die dann auch in den beschlossenen Haushalt hineingekommen sind. Und parallel ist dieser Prozess gelaufen, ein Konsultationsprozess mit den Schulen in freier Trägerschaft, um einen Solidarbeitrag der Schulen in freier Trägerschaft in dieser Höhe plus die angenommenen Effekte aus der Veränderung der Bedarfsgrundlage bei den staatlichen Schulen, die sich ja über die Systematik der Schülerjahreskosten dann auch niederschlagen, in den Schulen in freier Trägerschaft zu bewirken.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Heyenn.

Senator Rabe: Ich darf ich vielleicht ganz knapp ergänzen, um das noch mal im Detail darzustellen. Es war unter anderem die Überlegung, ob man die Schülerjahreskostensätze präziser aufsplittern könnte und damit gewisse Vorteile, die Frau Heyenn ja zumindest eben noch mal den Privatschulen unterstellt hat, auch finanziell entsprechend zu berücksichtigen. Auf gut Deutsch, wenn die Schülerinnen und Schüler – ich verkürze – weniger anstrengend sind, dann braucht man auch nicht so viele Lehrer. Und bei der Frage, ob das messbar, berechenbar und in Zahlen zu fassen ist, ist dann doch deutlich geworden, dass unser bisheriges System eine gewisse innere Logik hat. Und es ist auch deutlich geworden, dass Privatschulen nicht bereit waren, konsensual 7 Millionen abzugeben, und in dieser Lage ist offensichtlich dann nichts weiter geschehen, außer dass im Haushalt trotzdem die 7 Millionen nicht eingeworben worden sind.

Vorsitzender/Abg. Robert Heinemann: Ja gut, wir stellen ja fest, dass Sie die auch nicht eingeworben haben, aber jedenfalls nicht damals, als Sie dann den Haushalt entsprechend verabschiedet haben. – Frau Heyenn.

Abg. Dora Heyenn: Ich kann ja vieles nachvollziehen, aber dass Sie jetzt mit dem Weihnachtsgeld kommen, das kann ich nicht nachvollziehen, weil, die Schülerkostensätze berechnen sich ja unter anderem auch mit dem Gehalt ..., der Lehrer ist ja da drin. Und auch an den staatlichen Schulen ist ja das Weihnachtsgeld bei den Lehrern abrasiiert worden, also kann es ja nicht sein, dass das bei den Privatschulen rausgerechnet wird und bei den staatlichen Schulen nicht. Also, dem kann ich überhaupt nicht folgen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, es war so, dass die alte Regierung eine Nullrunde bei den Lehrerinnen und Lehrern sowie ein Null-Weihnachtsgeld beschlossen hatte und das auch zur Grundlage der Haushaltsberatungen gemacht hätte. Diese Veränderungen wirken sich selbstverständlich über die Schülerjahreskostensätze mittelbar, wenn auch nicht sofort, aber dann doch mittelbar auch auf die Privatschulen aus. Diese Veränderung hat die neue Regierung ja nicht mitgetragen, wir haben hier die Nullrunde nicht gemacht und wir haben darüber hinaus beim Weihnachtsgeld moderat, aber durchaus nachgebessert. Ich erinnere im Moment nicht mehr ganz präzise die Zahlen. Ich glaube, im Kopf zu haben, dass die alte Regierung dadurch im Schulbereich rund 200 Millionen Euro an Gehaltskosten glaubte sparen zu können für den Haushalt 2011/2012, und am Ende hat sich durch die Veränderungen der Scholz-Regierung dargestellt, dass nur rund die Hälfte dieser Einsparung dann tatsächlich realisiert worden ist. Insofern ist keineswegs, so, wie Sie es darstellen, das Weihnachtsgeld völlig abrasiiert worden, sondern es gibt durchaus erhebliche Unterschiede zwischen den Kürzungsbeschlüssen der Vorgängerregierung und dem, was dann die SPD-Regierung letztlich gemacht hat, dergestalt, dass nach meiner Kenntnis rund 50 Prozent der von der Vorgängerregierung beschlossenen Kürzungen von unserer Regierung nicht verwirklicht worden sind. Das hat entsprechende Auswirkungen auf den Haushalt gehabt.

Vorsitzender/Abg. Robert Heinemann: Aber ich finde ja schon noch mal – Sie haben ja verschiedene Aspekte genannt – es schon einen Riesenunterschied, ob man sagt, Mensch, wir wollen bei den Privatschulen mal Geld sparen oder ob man sagt, wir wollen bei allen Lehrern sparen, und dementsprechend müssen die Privatschulen natürlich entsprechend auch ihren logischen Beitrag leisten. Das, finde ich, ist dann schon in der Darstellung ein gewisser Unterschied. Aber ich habe gelernt, das waren verschiedene Aspekte, die da eine Rolle spielten. Von daher war das für die Aufklärung vielleicht einmal ganz hilfreich.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Das ist nicht der Fall. Wer möchte dann dem Haushaltsausschuss empfehlen, das, was hier den Haushalt der Schule für ..., der Behörde für Schule und Berufsbildung betrifft, die entsprechenden Veränderungen dem Haushaltsausschuss zur Annahme zu empfehlen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig entsprechend beschlossen worden.

Zu TOP 3

Vorsitzender: Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3, auch weiterhin mit Wortprotokoll, Drucksache 20/5435, Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfes 2013/2014. Herr Senator, wünschen Sie dafür das Wort? – Sie haben es.

Senator Rabe: Ja, es handelt sich um sehr kleine Ergänzungen des jetzt kommenden Haushaltes 2013/2014, die sich vor allem darauf zurückführen lassen, dass wir den erheblichen Anstieg bei der Schulbegleitung von Inklusionskindern, der sich im Schuljahr 2011/2012 ergeben hat und der eben schon zu der entsprechenden Nachforderung für den 2012er-Haushalt geführt hat, auch für die Zukunft hochrechnen. Und wir gehen deshalb davon aus – und das ist der größte Block –, dass wir die 3,3 Millionen Euro, die wir in 2012 anstelle der ursprünglich veranschlagten – und ich korrigiere meine Zahl von vorhin – 1,4 Millionen Euro, dass wir diese 3,3 Millionen Euro auch für die Zukunft erwarten. Das soll auch gleichzeitig ein Signal sein, dass wir die Inklusion und die damit zusammenhängenden Herausforderungen sehr ernst nehmen. Und wenn Sie sich die Zahlen angucken, dann erhöhen wir diesen Haushaltstitel um 250 Prozent auf auch in Zukunft 3,3 Millionen. Wir wollten ihn ohnehin leicht anpassen, allerdings nur auf 2,2 Millionen, brauchen deshalb in Zukunft 1,1 Millionen Euro mehr, um das entsprechend sicherzustellen. Damit können wir Schulbegleitung finanzieren für erheblich mehr Schülerinnen und Schüler als in der Vergangenheit.

Ein kleinerer Titel ist die Frage des Planspiels Finanzen der Zukunft, hier handelt es sich letztlich um eine kleinere Korrektur, die Vorvorgängerbürgerschaft hatte meines Wissens mit großer Breite auch aller Parteien, wenn ich das richtig erinnere, beschlossen, dass es ein Planspiel geben soll, mit dem Schülerinnen und Schüler Politik üben können und simulieren können, Hamburg zu regieren. Und dieses Planspiel, das damals von allen Bürgerschaftsparteien eingeführt worden ist, ist eine ganze Zeit lang als Projekt der Finanzbehörde geführt worden, obwohl es eindeutig ein schulisches Angebot ist. Es ist auch nicht so schrecklich teuer mit 70 000 Euro, hier haben wir ursprünglich deutlich höhere Kosten gehabt, wir haben mit dem Träger gesprochen und diese Kosten vernünftig angepasst. Hier ergibt sich nur eine Korrektur, weil das in Zukunft in der Schulbehörde gebucht wird und nicht mehr bei der Finanzbehörde. Das sind zwei Punkte.

Den letzten Punkt darf ich auch erwähnen. Wir möchten den ursprünglich avisierten Abbau der Referendariatsstellen, so, wie er beschlossen war – ich will jetzt hier keine Schuldzuweisung machen, aber so, wie die Vorgängerregierung ihn beschlossen hatte –, nicht ganz so vollziehen. Wir möchten zukünftig, gemessen an der Zeit von 2008 oder 2009 die Referendarausbildung aufstocken um ein weiteres Hauptseminar mit Angeboten für Lehrerinnen und Lehrer für Sonderpädagogik, weil wir wegen der Inklusion hier einen

dringenden Bedarf haben. Die Stellen, die 45 Referendarstellen, die dafür nötig sind, sind das eine, aber auch die damit zusammenhängenden Stellen für Ausbilder, für Hauptseminarleiter und Ähnliches sind das andere. Und diese Stellen finden Sie ebenfalls bei der Nachbesserung oder genauer gesagt Ergänzung für den kommenden Haushalt. Diese drei Punkte sind es. Wir finanzieren das gegen durch Erhöhung der globalen Minderausgabe, die globale Minderausgabe ist sozusagen das Versprechen der Schulbehörde, dass die Reste, die man regelhaft erwarten kann von der Schulbehörde, der Finanzbehörde in der Größenordnung dieser globalen Minderausgabe zurückgegeben werden. Bei einem so gewaltigen Haushalt, wie dem der BSB ist in der Regel nach den bisherigen Erkenntnissen ein Restbestand von sicherlich gut 1, 2 Prozent zu erwarten. Wir haben allerdings globale Minderausgaben in geringerem Umfang einkalkuliert. Wir erwarten insofern theoretisch etwas mehr Reste, als wir in dem jetzigen Haushalt dem Finanzsenator zurückgeben wollten, und deswegen glauben wir, dass wir dieses Versprechen der Rückgabe, diese sogenannte GMA, globale Minderausgabe, um diese relativ überschaubaren Beiträge erhöhen können. Das ist die Gegenfinanzierung.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Gibt es Wortmeldungen? – Frau von Berg.

(Zuruf: Nein, Sie können ruhig zuerst ...!)

– Frau Dr. von Berg.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels: Ja, gut, dann ich. Ich habe eine Verständnisfrage, und zwar steht ja auf Seite 4 ... Erst mal begrüßen wir natürlich die Aufstockung, aber meine Frage ist, soll die dauerhaft sein oder soll die wieder befristet werden, das ergibt sich für mich aus dem Wortlaut unten auf Seite 4 noch nicht so richtig. – Ja, hätten Sie zugehört, ... Die Aufstockung der Referendare war hier gerade das Thema.

Senator Rabe: Dauerhaft.

Vorsitzender: – Für das Wortprotokoll, das war gerade Frau von Treuenfels.

– Okay, dauerhaft. – Und Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, ich habe auch noch mal eine Frage dazu. Ich glaube, jetzt hat sich die wahrscheinlich dadurch erledigt. Ich wollte nämlich fragen, warum unbedingt A-15-Stellen eingerichtet werden müssten. Weil es ja auch durchaus möglich ist, auch mal mit beauftragten Lehrkräften zu arbeiten in der Ausbildung, aber wenn Sie sagen, das soll dauerhaft so sein, dann macht es Sinn, dann auch tatsächlich dauerhaft Stellen auch einzurichten. Das können Sie ja gleich noch mal ergänzen.

Ich habe noch mal eine Frage – ich muss es einfach noch mal verstehen –, ich habe mir diese Anlage 2 ausgedruckt, und da auf Seite 46 der Drucksache 5435, da habe ich auch noch mal ..., da ist es ja noch mal abgebildet hier in dem Plan, und da ist es im Prinzip, wenn ich das richtig gelesen habe, gegenfinanziert durch das Kapitel 3100 - Grundschulen. Ist das einfach nur, damit es aufgeht oder wird den Grundschulen was weggenommen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Herr Dr. Bohlen, bitte.

Herr Dr. Bohlen: Herr Vorsitzender, Frau Abgeordnete von Berg, die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt, wie vom Senator schon dargestellt, in der Tat durch die Erhöhung der globalen Minderausgabe, die finden Sie dort im Kapitel 3000 - Verwaltung, den Titel globale Minderausgaben. Daraus wird die Finanzierung dieser Maßnahmen bestritten. Was Ihnen vielleicht aufgefallen ist, ist der Punkt, dass die zusätzlichen Referendare ja auch einen

bedarfsdeckenden Unterricht leisten, und den haben wir quasi ..., der wird ja auch, muss ja finanziell abgebildet werden, weil er dazu führt, dass der Bedarf, der Lehrerstellenbedarf in dem entsprechenden Umfang reduziert werden kann, wenn diese zusätzlichen Referendare eben bedarfsdeckenden Unterricht leisten. Und das haben wir ..., weil keiner heute weiß, in welchem Kapitel die im Einzelnen dann tatsächlich diesen bedarfsdeckenden Unterricht leisten werden, ist es quasi in dem ersten Kapitel, nämlich im Grundschulkapitel abgesetzt, ohne dass das bedeutet, dass das praktisch nun ausschließlich zulasten der Grundschulen geht, sondern der bedarfsdeckende Unterricht wird dort eingeplant, wo er tatsächlich stattfindet durch alle ..., mit allen Referendaren, die wir an Bord haben.

Vorsitzender: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Nun steht auf meinem Zettel, dass wir Beschluss fassen sollen. Hingegen finde ich hinten im Petitum nur eigentlich eine Kenntnisnahme. Frage ...

(Zuruf: Beides möglich!)

– Beides möglich. Das ist auch gut. Beides möglich. Dann nehmen wir doch mal, da wir ja zwei Punkte haben, wir nehmen es zur Kenntnis und empfehlen dem Haushaltsausschuss, das entsprechend bei seinen Beratungen positiv zu berücksichtigen. Wer dafür ist, ...
– Gegenstimmen? – Das ist, glaube ich, einstimmig gewesen. – Enthaltungen gab es auch keine. – Wunderbar. Dann haben wir das so dem Haushaltsausschuss empfohlen.

Zu TOP 4

Der Vorsitzende schlug vor, die Punkte für die Tagesordnung der Sitzung am 18. Dezember 2012 festzulegen. Er stellte fest, es seien folgende Punkte offen:

- Selbstbefassung zum Thema „Neuordnung Schulbau“,
- Selbstbefassung zum Thema „Individualisierter und kompetenzorientierter Unterricht“,
- Drucksache 20/4805, „Mehr Mädchen in MINT-Berufe!“, Antrag der GAL-Fraktion,
- Drucksache 20/5433, „Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes - ausgewogene Mitwirkung von Unternehmensverbänden, Kammern und Gewerkschaften am beruflichen Schulwesen“, Senatsantrag,
- Drucksache 20/5143, „Differenzierung an der Stadtteilschule“, Große Anfrage der CDU-Fraktion,
- Drucksache 20/5461, „Jugend im Parlament 2012“, Unterrichtung durch die Präsidentin

sowie zwei Drucksachen, bei denen der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss mitberatend sei, nämlich:

- Drucksache 20/4977, „Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung begegnen: Erzieher-/Innenausbildung reformieren und Akademisierung vorantreiben, Antrag der GAL-Fraktion, und
- Drucksache 20/5122, „Einführung eines Modellversuchs ‚duale Ausbildung Erzieher‘“, Antrag der FDP-Fraktion.

Er schlug vor, die beiden Selbstbefassungen erst im Jahr 2013 zu beraten. Am 18. Dezember 2012 sollten die Drucksachen 20/4805, 20/5433, 20/5143 und 20/5461 beraten werden.

Die Abgeordnete der GRÜNEN schlug ergänzend vor, im Kontext von Individualisierung und Kompetenzorientierung einmal im Rahmen einer Ausschussreise eine Schule anzusehen, die dies bei ihrer Arbeit berücksichtige. Dies könne zur Aufklärung vieler Fragen beitragen.

Auf Nachfrage der CDU-Abgeordneten, was das Ziel der Reise sein solle, stellte die Abgeordnete der GRÜNEN fest, in Hamburg stünde eine Reihe von Schulen zur Auswahl, die in diesem Zusammenhang besichtigt werden könne.

Die CDU-Abgeordneten regten an, diesen Vorschlag im Rahmen eines Obleute-Gesprächs zu erörtern. Ein solches Vorhaben sollte sorgfältig vorbereitet werden. Es habe vor einigen Jahren bereits eine Reise nach Sachsen gegeben. Ziel müsse es sein, innovative Lösungen vorzufinden, die es in Hamburg noch nicht gebe.

Die SPD-Abgeordneten unterstützten den Vorschlag der Abgeordneten der GRÜNEN, es müsse hierfür allerdings ein Sondertermin vereinbart werden. Die Sitzung am 18. Dezember 2012 solle dazu genutzt werden, sich mit den bereits vom Vorsitzenden vorgeschlagenen vier Drucksachen auseinanderzusetzen.

Die Abgeordnete der GRÜNEN stellte fest, sie habe lediglich diese Anregung in den Ausschuss geben wollen beziehungsweise das Einverständnis aller Fraktionen zur Planung eines solchen Vorhabens einholen wollen. Auch aus ihrer Sicht müsse dies an einem Sondertermin realisiert werden. Die Details müssten im Kreis der Obleute beraten werden. Die Terminfrage müsse einvernehmlich geklärt werden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE unterstützte die Auffassung der CDU-Abgeordneten, dass es nicht attraktiv sei, sich die Hamburger Lösungen anzusehen. Sie hatte nichts gegen den Vorschlag, eine Reise mit der genannten Zielsetzung zu unternehmen. Mit dieser solle allerdings ein Erkenntnisgewinn verbunden sein.

Die CDU-Abgeordneten erinnerten an eine Reise nach Finnland mit geringem Erkenntnisgewinn. Erneut wiesen sie darauf hin, dass eine sehr sorgfältige Vorbereitung notwendig sei.

Dr. Walter Scheuerl (CDU)
(Vorsitz)

Lars Holster (SPD)
(Schriftführung)

Michael Giß
(Sachbearbeitung)